

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 18 M., Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Postzeile oder deren Raum 4,50 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 3,50 M., Reklamen 20,00 M., Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf 926



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksbote

Nummer 113

Dienstag, den 16. Mai 1922.

29. Jahrgang.

## Das Ende der Weltkonferenz.

### Der Ausschluß Deutschlands und Rußlands.

Die „große Entente“ hat ihre Arbeit vollendet. Sie zieht wieder geerntet von dannen und verabschiedet sich mit einem Racheakt von Deutschland und Rußland. Denn der Plan, den sie am Sonntag ausgeheckt hatte, diese beiden Staaten von der Konferenz im Haag auszuschließen ist nichts anderes als die Rache für den deutsch-russischen Rapallovertrag. Deutschland und Rußland sollen zur Strafe dafür, daß sie von dem Baume der Erkenntnis geoffen, dessen Früchte für die Teilnehmer der Genueser Konferenz ausdrücklich verboten waren, ausgeschlossen bleiben von der neuen Konferenz, die im Juni nach dem schon so lange leerstehenden Friedenspalast im Haag einberufen werden soll. Dabei will man aber insofern noch einen kleinen Unterschied machen, als Rußland bei entsprechendem Wohlverhalten immerhin mit beratender Stimme Zutritt zum Haag erhalten soll, während von irgendwelcher Zuziehung Deutschlands überhaupt nicht die Rede ist.

### Die Schlussforderungen der Konferenz.

Genova, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Unterkommission der ersten Kommission hatte heute vormittag einstimmig das bei der gestrigen Zusammenkunft der fünf einladenden Mächte beschlossene Protokoll angenommen. Zunächst wurde die neue Note der Russen verlesen. Schanzer erklärte, daß er bereits mit Tschitscherin Rücksprache genommen und die Vorwürfe als unberechtigt zurückgewiesen habe. Die Besprechungen der Unterkommission hatten sich lediglich auf die Beantwortung der ersten russischen Note sowie auf das Memorandum erstreckt, und es sei selbstverständlich unmöglich gewesen, dazu die russische Delegation einzuladen. Sodann erfolgte nach kurzer Besprechung die Annahme der bereits am Sonntag von Lloyd George gemachten und von den Alliierten gutgeheißenen Vorschläge, die mit einem gleichfalls vom englischen Ministerpräsidenten verfaßten Begleitschreiben den Russen übermittelt worden sind. Außerdem wurde ein Antrag zu den Vorschlägen angenommen, der den Entwurf der Antwortnote an die russische Delegation enthält.

In dem offiziellen Text bestätigt sich, daß Deutschland von sämtlichen Haager Besprechungen auszuschließen sei. Am 15. Juni werden zunächst die in Genova versammelten Mächte, ausschließlich Rußland, zusammentreten, jedoch sollen erst am 26. Juni gemeinsame Beratungen mit der gleichfalls von Rußland einzuziehenden Spezialkommission stattfinden. In Amerika soll eine Einladung geschickt werden, sobald feststeht, daß die Vereinigten Staaten zu deren Annahme bereit ist. Dem Ausschuh der Alliierten und Neutralen, der am 15. Juni zusammentritt, soll das Entscheidungsrecht zustehen, wie die Spezialkommission zur Führung der späteren Verhandlungen mit der russischen Kommission zusammengesetzt wird. Bemerkenswert ist in den Vorschlägen die Klausel 5, nach der Sonderverträge gestattet sind, wenn es in einer Frist von drei Monaten nicht gelingt, gemeinsam Anempfehlungen über die noch nicht gelösten Fragen, wie die Schulden, Privateigentum, Kredite vorzulegen, und wenn gegebenenfalls die vorgelegten Anempfehlungen nicht in einem Monat nach dem Datum der Anempfehlung von den Regierungen der Konferenzteilhaber angenommen worden sind. Der Schluß der Vorschläge bildet eine Empfehlung an die Regierung der vertretenen Delegationen, keine privaten Abkommen bezüglich der früher anderen Ausländern gehörenden Güter anzuerkennen oder zu unterstützen, bevor die Arbeiten der Sachverständigenkommission beendet sind und vor der Annahme ihrer Empfehlung, falls eine solche erreicht werden sollte. Besondere wird noch, daß die belgische und französische Delegation bisher die Vorschläge nicht unterzeichnet haben, jedoch erklärten, ihren Regierungen eine Unterzeichnung anzupfehlen.

Der Antrag zu den Vorschlägen, der sechs Klauseln umfaßt, weist auf den Beschluß der Alliierten hin, und befaßt u. a., daß das Namensverzeichnis der beiden Kommissionen bis zum 20. Juni allen Regierungen mitgeteilt werden soll und daß der Zutritt allen Regierungen mitgeteilt werden soll und daß der Zutritt allen Regierungen mitgeteilt werden soll und daß der Zutritt allen Regierungen mitgeteilt werden soll.

des gegenwärtigen Status quo der Grenzen, wie sie in den Verträgen vorgezeichnet sind, beruhen und solange in Kraft bleiben, bis die unerläßlichen Grenzfragen für Europa geregelt sind. Hervorgehoben wird besonders, daß die Verpflichtungen bezüglich der Propaganda den Regierungen verbietet, politische Organisationen in anderen Ländern finanziell oder in anderer Weise zu unterstützen, sie auch verpflichtet, in ihren eigenen Gebieten die Versuche, in den andern Staaten gewalttätige Handlungen oder solche Handlungen, die den territorialen oder politischen Status quo stören könnten, zu unterdrücken.

### Die Russen gehen nach dem Haag.

Der russische Delegierte Malowski gab Pressevertretern gegenüber die Erklärung ab, daß Rußland allein nach dem Haag gehen und dort jede Gelegenheit benutzen werde, um seinen guten Willen zu zeigen.

### Eine neue Botschaft Lloyd Georges.

London, 16. Mai.

Lloyd George hat an den Vertreter der „Yorkshire Evening News“ in Genova folgende Botschaft übergeben: „Wir haben eine neue Phase in der weltlichen Zivilisation erreicht. Es hat Religionskriege gegeben, dynastische Kriege und solche zur Sicherung reicherer Vorräte an Rohmaterialien. Die neue Phase ist die wirtschaftliche Verflochtenheit Europas in der ganzen Welt. Keine moderne Nation kann aus sich selbst bestehen. Der Wirtschaftskreislauf ist grundlegend für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die Grenzen werden dann offene Handelsstare werden und nicht nationale Hindernisse. Friede ist das erste Erfordernis.“

### Eine Dollarmilliarde für Deutschland.

Genova, 15. Mai.

Aus New-York wird hierher berichtet: Morgan wird im Laufe der Woche der Reparationskommission einen vollständig ausgearbeiteten Plan zu einer internationalen Anleihe für Deutschland vorlegen. Vorbedingungen sei für die Durchführung des Planes, daß die Reparationskommission der von Morgan geleiteten Finanzgruppe freie Hand läßt zu einer technischen Reuektion des Reparationsproblems. Die Anleihe soll vorläufig mindestens 1 Milliarde Dollar betragen.

### Amerika und die Haager Konferenz.

Genova, 16. Mai.

Die zukünftige Antwort Amerikas betreffs seiner Teilnahme an der neuen Haager Konferenz ist gestern Abend hier eingetroffen. Amerika nimmt unter zwei Bedingungen an der Konferenz teil:

1. daß die Konferenz nur Vorschläge, aber keine endgültigen Bedingungen zu entwerfen habe und
2. daß während der Verhandlungen keine Separatabkommen, mit Ausnahme der vier bereits laufenden Verträge mit Italien, Schweden, Japan und der Tschechoslowakei geschlossen werden dürfen.

Die erste Bedingung entspringt zweifellos dem Wunsch Amerikas, nicht überstimmt zu werden und freie Hand zu behalten. Auf der Haager Konferenz werden somit sämtliche Mächte, mit alleiniger Ausnahme Deutschlands vertreten sein.

### Tagung des Völkerbundesrates.

Noch bevor die Staatenkonferenz in Genova völlig zu Ende gegangen ist, hat sich in Genf der Rat des Völkerbundes wieder versammelt, um eine Reihe von Fragen zu behandeln, an denen sowohl Deutschland als Rußland hohes Interesse hätten, zu denen beide aber nicht hin gezogen werden, weil dieser sogenannte Völkerbund sie noch immer nicht aufgenommen hat. (Die Bemühungen Lloyd Georges und verschiedener Neutraler, den Eintritt Rußlands und Deutschlands in den Völkerbund zu ermöglichen, müssen nach dem Verlauf der Genueser Konferenz nun wohl als gescheitert angesehen werden.) In der Sonnabendtagung des Völkerbundsrats stand zur Beratung die Danziger Angelegenheit, das Saargebiet, die Hilfsaktion für die russischen Flüchtlinge und der finanzielle Wiederaufbau Österreichs.

## Die Aussichten der Monarchie.

Die gesteigerte monarchistische Propaganda, die neuerdings u. a. in dem Erscheinen des sogenannten Kronprinzen-Buches ihren Ausdruck gefunden hat, legt die Frage nahe, wie es mit den Aussichten des Monarchismus in Deutschland eigentlich bestellt ist.

Als vor zwei Jahren der Rapp-putsch im Gange war und die Berliner Zeitungsgelände wieder wie in Spartakuszeiten unter bewaffneter Besetzung standen, da richtete ein Redakteur an den Ueberwachungskommandanten eines bürgerlichen Zeitungsverlages, einen Major der Rappistengarde, die Frage: „Was wollen Sie nun eigentlich? Sind Sie Monarchisten?“ Der Major der Rappistengarde antwortete hurtig und stramm: „Mangels eines geeigneten Kandidaten — nein!“ Das war damals wohl auch die allgemeine Stimmung in den Kreisen, die grundsätzlich monarchistisch gesinnt waren. Sie wollten zwar wieder einen Thron, aber sie wußten absolut nicht, wen sie daraufsetzen sollten. Als in den letzten Tagen vor der Revolution die Frage des Thronverichts Wilhelm II. und das Problem Monarchie oder Republik aufgeregt erörtert wurde, da konnte man von Männern des alten Systems immer wieder die Meinung vernehmen, das schlimmste Hindernis liege bei der Person des Kronprinzen. In einen Thronverzicht Wilhelm II. bei gleichzeitiger Thronbesteigung seines legitimen Erben sei gar nicht zu denken. Das würde ein sehr schlechter Tausch sein, denn der Vater sei auf alle Fälle immer noch viel besser als der Sohn. Tatsächlich gab es damals kaum nennenswerte Kreise, die an die Möglichkeit einer solchen Lösung glaubten. Vielmehr schlugen diejenigen, die auf alle Fälle die Monarchie erhalten wollten, vor, daß sowohl Wilhelm II. als auch der damalige Kronprinz auf ihre Thronansprüche verzichten und diese auf den ältesten Sohn des Kronprinzen, einen kleinen Jungen, übertragen sollten. Eine Reichsverweigerung sollte über die Zeit hinweggehen, bis der älteste Enkel Wilhelm II. volljährig geworden war.

Nachdem die preussischen Monarchisten eingesehen haben, daß Wilhelm II. erledigt und mit seiner Rückkehr unter keinen Umständen zu rechnen ist, hat sich ein Teil von ihnen auf die Kronprinzen-Propaganda gestürzt. Man geht aber gewiß nicht fehl in der Annahme, daß über diese Propaganda in monarchistischen Kreisen keineswegs ein übereinstimmend günstiges Urteil vorhanden ist. Ein beträchtlicher Teil der deutschnationalen Blätter hat denn auch den gewaltigen Kummel, der mit dem sogenannten Kronprinzen-Buch getrieben wird, nicht mitgemacht.

Die Gründe liegen auf der Hand. Auf die Anhänger des Alten, die wirklich konservativen Herrschaften, kann die Methode der mehr als amerikanischen Reklame, mit der die Kronprinzen-Propaganda betrieben wird, nur abstoßend wirken. Auch sie müssen sich mit Grausen wenden, wenn sie z. B. in einem der Blätter dieser Propaganda lesen, der Kronprinz habe eine fabelhafte Behnlichkeit mit Friedrich dem Großen. Er sei aber in nichts seinem Vater gleich. Dazu kommt, daß der Haupt- oder Mitverfasser des Kronprinzen-Buches, Herr Karl Rosner, ein Jude und Wiener Romanschriftsteller ist, was den mehr oder minder antisemitisch gesinnten Kreisen des Monarchismus die Sache auch nicht schmackhafter machen kann. Am wenigsten dürfte es aber bei Leuten, denen der Monarchismus Herzenssache ist, Gefallen erregen, wie der Sohn das Regime seines Vaters herunterreißt und es — leider bekanntlich nicht mit Unrecht — als aus lauter Unfähigkeit zusammengeschüttelt schildert.

Nach der Darstellung des Kronprinzen ist Deutschland im Jahre 1914 aus Beschränktheit in den Weltkrieg hineingekapert. Weder der leitende Staatsmann, noch der leitende Feldherr, damals General v. Moltke, seien ihrer Aufgabe auch nur im mindesten gewachsen gewesen. Moltke habe das selbst eingesehen und um seine Enthebung von einem Amte gebeten, dem er nicht gewachsen sei, aber Wilhelm II. habe darauf bestanden, daß er das Amt behalte. So sei durch die Kopflosigkeit Moltkes die Schlacht an der Marne verloren gegangen, und später hätte man alle Gelegenheiten verpaßt, rechtzeitig Frieden zu schließen.

Dies alles und noch einiges mehr kann man in dem sogenannten Kronprinzen-Buch lesen. Die plumpe Absicht liegt zutage. Der Sohn will, indem er den Vater über Bord wirft, sein eigenes Schiff flott machen. Nun ist aber Wilhelm II. für ehrliche Monarchisten — und man soll nicht bezweifeln, daß es solche gibt — immer noch der König von Gottes Gnaden, der durch Verrat um seinen Thron gekommen ist, aber jederzeit wieder eingesetzt werden müßte, wenn die Machtverhältnisse dies gestatteten. Das sind Vertreter jener monarchistischen Richtung, die man als die legitime bezeichnet.







## Der Moskauer Prozeß verschoben.

Die Unternehmung im Prozeß der Sozialrevolutionäre wird in den nächsten Tagen beendet. Der Beginn der Verhandlungen ist auf den Juni verschoben worden. Man will die von den Internationalen vorgeschlagenen Verteidiger nur unter besonderen Garantien zulassen, welche das Justizkommissariat für unumgänglich hält. Da einige von den Verteidigern, wie Sachomlin, Kobialaw, Garemisch sehr aktive Sozialrevolutionäre seien. Doch wird erklärt, daß diese Maßregeln die Verteidigungsfreiheit nicht berühren würden. Weicher Art die Maßregeln sind, geht aus der „Pravda“ hervor, welche die Forderung nach Zulassung „offenbarer Enzente-Agenten und antikommunistischer Terroristen“ für eine unerhörte Provokation erklärt. „Veräter bleiben Veräter, Spione bleiben Spione. Wenn die 2. Internationale beschließt, uns solche Leute herzuschicken, so wird auch der Empfang ein dementsprechender sein. Wir erfüllen die in Berlin von uns übernommenen Verpflichtungen der Zulassung frei gewählter Verteidiger, aber außerhalb des Gerichtssaales müssen sie sich unter Bedingungen befinden, die uns vor der militärischen Spionage und den gegenrevolutionären Anschlägen dieser Schurken sichern.“

Die Auslandsdelegation der linken Sozialrevolutionäre teilt mit, daß alle linken Sozialrevolutionäre, die sich in Moskau in Haft befinden, wieder in den Hungerstreik getreten sind. Die Genossen sind sehr schwach und Kamkoff, Kachowskaja, Tronowski und Materoff fast sterbend.

## Wilhelm, Wilhelms Sohn und der General.

In dem mit viel Klatsch angelegten Buch, das der frühere Romanschriftsteller Kosner mit dem ehemaligen Kronprinzen zusammengeschrieben hat, schreibt der Hohen-  
zollernsprößling u. a.:

Dank einer unglaublich blinden Führung unserer äußeren Politik sind wir so in den Weltkrieg hineingekipert. So groß war die Besorgnis der verantwortlichen Stellen — daß man der ganzen Welt ungläubig erschien, daß sie solche Einfältigkeit nicht für möglich halten wollte, sie für eine klug gewählte Maske nahm, hinter der sich ein ganz besonders geistiger Plan verbergen mochte!

An einer anderen Stelle erzählt der Kronprinz, im Juli 1918 habe er mit dem konservativen Führer v. Heydenbrand eine Unterredung gehabt und ihm über die Kriegslage seinen Wein eingeschenkt, indem er sagte, „daß wir schon seit langer Zeit an der Westfront einen Verzweiflungskampf mit ermüdeten, erschöpften Truppen gegen eine riesige Uebermacht führten.“ Herr von Heydenbrand schien das kaum fassen zu können, er bekannte, daß er bisher eine völlig falsche Auffassung der Lage gehabt habe; man habe ihn und seine Partei in Berlin völlig unrichtig orientiert.

Einer der politisierenden Gamaschenknopfgenerale hatte jüngst behauptet: wir hätten den Krieg verloren, weil wir unter der Einwirkung des Umsturzes den Glauben an den Sieg verloren hätten. Von welcher Stelle die Entmutigung wirklich ausgegangen ist, das kann man leicht ermessen, wenn man in den Erinnerungen des Oberstleutnants Niemann folgende Schilderung der Ereignisse liest, die sich Ende September 1918 im Großen Hauptquartier zu Spa abgepielt haben. Oberstleutnant Niemann schreibt:

Sch traf gegen 9 Uhr früh auf der Treppe im Hotel Britannique General v. Bartenwerffer.

„Der Würfel ist gefallen, wir werden unseren Feinden Waffenstillstand und Frieden anbieten.“

„Waffenstillstand?“

Sch glaubte mich verhöhnt zu haben.

„Ja, Waffenstillstand! Unsere Lage verträgt kein längeres Hinhalten. Der Feldmarschall und General Ludendorff sind unabhängig voneinander zur Ueberzeugung gekommen, daß keine Stunde mehr verloren werden darf.“

Der General eilte hinweg; er war zum Ersten Generalquartiermeister befohlen.

Das, was ich im Laufe des Tages erfuhr, deutete auf heillosen Verzweiflung. Die militärische Krise hatte auch eine akute politische erzeugt. Beide sollten gleichzeitig gelöst werden.

Als ich zur Abendstunde ins Kaiserliche Quartier kam, fand ich stille Resignation, die aber von einer unverkennbaren Mißstimmung gegen General Ludendorff begleitet war. Herr v. Lersner erzählte mir, die Heeresleitung habe den Waffenstillstand in einer Form gefordert, die einer Kapitulation gleichkäme.

Wenn also die Entmutigung „unter dem Einflusse des Umsturzes“ eingetreten sein soll, so müßte General Ludendorff als das Haupt der Umstürzler angesehen werden!

## Der Zuckermacher.

Die katastrophale Lage am Zuckermarkt — für das Pfund Zucker wird schon 24 Mark verlangt statt 12 vor noch acht Tagen — läßt sich die „Tägliche Rundschau“ von einer Fachgenossenschaft folgendermaßen schildern:

Die Zuckervorräte der Industrie sind nur noch gering, nachdem fast alle Rübenbestände verarbeitet sind, das übrige verkauft wurde. Ins Ausland ist nur anscheinend wenig gegangen:

„Dagegen muß festgestellt werden, daß sich ungeheure Mengen von Inlandzucker zum Teil im Besitz des Großhandels, teils aber auch in Händen von Personen befinden, die, nicht zum Handel gehörig, lediglich aus spekulativen Gründen wagnersweise aufgekauft haben und immer noch zurückhalten. Dabei ist gerade jetzt die Beobachtung zu machen, daß sowohl der reelle Großhandel, wie namentlich die Spekulanten, den Zucker „auf Reisen“ schicken. Der Zucker wird, da man in diesen Kreisen ein energisches Zusammen der Regierung und eine Beschlagnahme der Ware befürchtet, kreuz und quer durch Deutschland geschickt, um ihn vor einem Zugriff der Behörden auf diese Art und Weise sicherzustellen.“

Die Verhältnisse haben sich jetzt derart verschoben, daß Auslandzucker billiger als Inlandzucker ist. So kostet zum Beispiel schweizerischer ungeschlammter Zucker 82 Mark franco Berlin, während Inlandzucker mit 48 Mark je Kilo angeboten und begehrt wird. Es ist weiter festzustellen, daß die zuckerverarbeitenden Industrien, wie Schokoladenfabriken und Likörfabriken, gegenwärtig über Zuckervorräte verfügen, die weit über das ihnen bewilligte Kontingent und für mindestens zwei Jahresproduktionen ausreichen. Abgesehen von den berechtigten Wünschen der Kleinverbraucher, der Hausfrauen usw. sind die Dinge soweit gediehen, daß durch das egoistische Vorgehen der beiden genannten Industrien, die jeden Preis anzulegen vermögen, heute weite Kreise des Handels und des Gewerbes sich außerstande sehen, auch nur die geringsten ihrer benötigten Zuckermengen zu erhalten.“

Freie Wirtschaft in Reinkultur! Nicht Sozialisten, rechtsstehende Politiker geben diese Schilderung. Man fragt: vergebens, ob es Wahnsinn oder ins Kranthafte gesteigerte Profitgier ist, die nach diesen Erfahrungen die Rechtsparteien noch dazu veranlaßt, gegen die Zwangswirtschaft aufzutreten. Milliarden Schuld der Zwischenhandel, niemand kontrolliert ihn — und die Zuckerindustrie, die nur Preise herausziehen, angeblich, aber nicht für eine geregelte Verteilung sorgen kann, kommt auch glänzend dabei weg.

Das Volk selbst muß erkennen, wo seine Feinde sind, die ihm den Zucker als Likör und Schokoladen massenweise anbieten, den Verbrauchszucker aber trotz des Wagenmangels der Eisenbahn beliebig „auf Reisen“ schicken. Daß dieser Volksbetrug auf Veranlassung und unter Führung der Landhändler erfolgt, eröffnet die herrlichsten Aussichten für die Ernährungswirtschaft, wenn die bürgerlichen Parteien aller besseren Einsicht und Erfahrung zum Trost die Getreideumlage zu Fall bringen sollten!

## Um den Achtstundentag.

Der Kienekampf in Süddeutschland.

Von Otto Weils.

In immer stärkerem Maße richtet sich das Interesse der organisierten Arbeiterschaft auf den Kienekampf, der in der süddeutschen Metallindustrie seit nunmehr zwölf Wochen im Gange ist. Er zeigt in seinem Verlauf die ganze Erziehungsarbeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In fester Richtung auf das Ziel vollzieht sich dieser Kampf in so ruhigen Formen, wie sie allein durch das Bewußtsein moralischer und materieller Kraft geschaffen werden können, einer Kraft, die nicht nur die Garantie des endlichen Erfolges in sich schließt, sondern die der kämpfenden Gewerkschaft auch die Solidarität der übrigen Arbeiterorganisationen sichert. Für jeden, der das deutsche Unternehmertum und besonders das der Metallindustrie kennt, ist es klar: der Kampf um die Achtstündige Arbeitswoche ist der Kampf um den Achtstundentag, um eine der hervorragendsten Errungenschaften der Revolution. Es geht um eine Forderung, die, seit 33 Jahren zum Kampfsziel der internationalen Arbeiterbewegung erhoben, am 1. Mai jeden Jahres als Kernstück ihres kulturellen Strebens in Erscheinung trat. Gelingt es dem Unternehmertum der Metallindustrie, der härtesten deutschen Arbeitergruppe eine Verlängerung der Arbeitszeit aufzuzwingen, dann folgen andere Industrien; wird die Achtstündige Arbeitswoche beseitigt, dann hat auch die 48stündige den Halt verloren.

So sind die süddeutschen Metallarbeiter heute Kämpfer für die Gesamtinteressen der deutschen Arbeiterschaft. Damit wird das Unternehmertum zu rechnen haben, das bis jetzt hochmütig jede Vermittlungsaktion des Reichsarbeitsministeriums ablehnte. Das ist die Rückkehr zu den Zeiten des seligen Kühnemann, die Hervorkehrung des „Heerram-Hause-Standpunktes“, das charakterisiert die Aktion des Unternehmertums als einen umfassenden Angriff gegen die feste Stellung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in den Betrieben und gegen die mühselig errungenen Rechte, die der Arbeiterschaft in der Betriebsratsgesetzgebung geworden sind.

Es darf in der Öffentlichkeit nicht vergessen werden, daß es die Unternehmer waren, die den Angriff eröffneten. Der Kampf um die Arbeitszeit entwickelte sich nicht etwa aus anderen nebensubordinierten Ursachen, um sich dann auf diese Spezialfrage zuzuspitzen. Die Unternehmer kündigten den mit dem Metallarbeiterverband in Heidelberg geschlossenen Vertrag, der die 48stündige Arbeitswoche garantierte. Sie konnten nicht annehmen, daß sich die Arbeiter, die aus eigener Beobachtung die günstige Lage der Betriebe bei der bisherigen Arbeitszeit kannten, die 48-Stunden-Woche einfach würden diffizieren lassen.

Die Bayern riefen den Münchener, die Württemberger den Stuttgarter Schlichtungsausschuß an. Alle Schlichtungsausschüsse, auch der in Karlsruhe, der für Baden entschied, fielen mit Mehrheit — gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer — den Schiedsspruch für die 48stündige Arbeitswoche.

All die alten Lebnshüter über die „Gefahren“ des Achtstundentages, Konkurrenzunfähigkeit der süddeutschen Industrie wurden als Stützpunkte für diese Schiedssprüche herangezogen. Die „allgemeine Atmosphäre“ sei auf die Verlängerung der Arbeitszeit eingestellt und anderes mehr. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß man sich besonders der Anschauungen als Gründe bediente, die von Männern wie Lindemann, Kaliski, Max Cohen, Schippel in öffentlichen Zeitungen und Zeitschriften über den Wert des Achtstundentages in der gegenwärtigen Zeit niedergelegt sind. Man konnte sich da mit behaglichem Schmunzeln auf angeblich „führende Sozialdemokraten“ berufen, obwohl jedes politische Kind in Deutschland weiß, wie weit alle die genannten Schriftsteller und Gelehrten der Führung in der Partei entfernt sind. Wenn sie mit der Führung der Partei belastet wären, bräute ihre Pflicht sie ja in Verkehr mit der Arbeiterschaft, und da könnten sie hören, wie man ohne Unterschied der Richtung in der eigenen Partei über ihren für das Unternehmertum so zeitgemäßen Forschungs- und Veröffentlichungsdruck urteilt. Sie würden dann von ihren Genossen in den Betrieben hören können, daß es nach Meinung der Arbeiter nicht die Aufgabe von Sozialdemokraten sein kann, die „Atmosphäre“ mit schaffen zu helfen, die einer Verlängerung der Arbeitszeit nützlich ist.

Kein Vorwurf ist ungerechter, als der, daß die deutsche Arbeiterschaft sich der Einsicht in die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Zeit und des Landes verschließt. Der Hinweis auf das Uebersehensabkommen im Bergbau allein sollte genügen, um ihn zu erlösen. Aber gerade die hier betätigte Einsicht zeigt auch die Reife der Arbeiterschaft für das, was sie im Interesse der Erhaltung des Achtstundentages zu tun hat. In der 48stündigen Arbeitswoche verteidigen die Metallarbeiter die Vorwerke der Festung des Achtstundentages, die die Unternehmer nach planmäßiger Beschickung durch Tausende von Zeitungsartikeln glauben sturmreif gemacht zu haben. Sonst wäre die Ablehnung des Vermittlungsvorschlages des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns durch die Unternehmer nicht verständig. Und dieser Vorschlag ist von der „Metallarbeiterzeitung“ „als eine ernsthafte Bemühung“ bezeichnet, „den süddeutschen Streit auf annehmbare Weise beizulegen“. Auch dieser Vorschlag zeigt, daß man im Reichsarbeitsministerium in der Forderung der Unternehmung nach Verlängerung der

Arbeitszeit die Hauptstreitfrage sieht und daß den Arbeitern die Annahme einer solchen Verschlechterung nicht zugemutet werden kann. Er glaubt eine Verständigung dadurch zu erzielen, daß die wöchentliche Arbeitszeit zunächst auf 47 Stunden festgesetzt wird und daß darüber hinaus für betriebswirtschaftliche und wirtschaftliche Notwendigkeiten die Verpflichtung zur Leistung einer weiteren Ueberstunde anerkannt wird. Diese wäre nach vorheriger Rücksprache mit dem Betriebsrat zu leisten und wie eine tarifliche Ueberstunde zu entschlagen. Die Regelung der Lohn- und anderen Streitfragen soll bezirksweisen Verhandlungen überlassen bleiben.

Auf fast derselben Grundlage wurde bereits am 12. und 13. April in Heidelberg verhandelt. Die Arbeiter waren durchaus bereit, trotz der von ihnen verlangten Opfer in Verhandlungen zu treten. Sie scheiterten auch damals an der Ablehnung der Industriellen. Es wäre kein Wunder, wenn angesichts dieser Starrköpfigkeit der Gedanken nach einer Verschärfung des Kampfes ein Boden erwünne. Und von kommunistischer Seite wird seit Wochen eifrig versucht, das Feuer des allgemeinen Generalstreiks anzublasen. Das frivole Beginnen scheiterte allerdings an der ruhigen Ueberlegung der Arbeiterschaft wie der für die Führung des Kampfes verantwortlichen Faktoren. Nichtsdestoweniger muß die Arbeiterschaft aller Berufe erkennen: dieser Kampf ist unser Kampf, auch ohne Solidaritätsstreik, der lediglich den Unternehmern die Hasen in die Röhre treiben würde. Es gibt andere Möglichkeiten zur Stärkung der Ausständigen, die reiflos angewandt werden müssen.

Nur Kapitalisten und Kommunisten können ein Interesse daran haben, den Streik bis zum Weißbluten zu führen, was freilich länger währen würde, als diese beiden unnatürlichen Verbündeten zu ahnen scheinen. Die Kapitalisten hoffen auf die Entkräftung und Willenlosigkeit der Arbeiter nach erzwungenem Siege, die Kommunisten glauben, die Verzweiflung der niedergeworfenen Arbeiter für ihre politischen Zwecke auszunutzen zu können. Die Kapitalisten wollen der Welt weismachen, daß sie die Produktionsinteressen der deutschen Volkswirtschaft durch die Erzwingung der 48-Stunden-Woche verteidigen. Ein einfaches Rechenexempel zeigt, wie unwahrscheinlich diese Behauptung der industriellen Schatzkammer ist. Seit 12 Wochen ist die süddeutsche Metallindustrie zum Stillstand gebracht. 12mal 48 Stunden, das sind 582 Stunden, ist die Produktion unterbrochen worden. Es werden 276 Wochen, also mehr als 5 Jahre vertreiben, bevor durch die Verlängerung der Arbeitswoche von 45 auf 48 Stunden dieser Ausfall an süddeutscher Produktionsleistung ausgeglichen sein würde. Wie aber wird diese Rechnung sich gestalten, wenn der Streik sich noch über ein Vierteljahr hinzieht? Kennt kein Syndikus der süddeutschen Metallindustrie den finanziellen Rückhalt, den die deutschen Gewerkschaften den Metallarbeitern bieten können? Hat keiner von ihnen berechnet, wie groß jetzt noch allein die materielle Leistungsfähigkeit der deutschen Metallarbeiterverbände ist? Hat sich keiner der wohlweisen Berater der deutschen Metallindustrie die Frage vorgelegt, was in dem harten Weltkampf der deutschen Industrie um den Weltmarkt der Stillstand der süddeutschen Metallindustrie für unsere Konkurrenten bedeutet?

Diese Fragen aufzuwerfen, heißt sie beantworten. Die Antwort ist die Feststellung der schweren Schädigung allgemeiner deutscher Wirtschaftsinteressen durch die süddeutschen Metallindustriellen, gegen die die Arbeiterschaft in inniger Geschlossenheit sich zur Wehr setzt.

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin muß heute wissen, um was der Kampf in Süddeutschland geht. Diese Erkenntnis muß das proletarische Pflichtbewußtsein auslösen. Nicht nur im Süden, sondern auch im Norden kämpfen wir so für die verkürzte Arbeitszeit und sichern uns gemeinsam die höchste soziale Errungenschaft der Revolution.

## Volkswirtschaft.

### Wer verteuert die Waren?

Die Eigenart der Preisbewegung im April wird dadurch beleuchtet, daß sich das Niveau der Einfuhrwaren nur um 9,9 v. H. hob, während die normierend im Inland erzeugten Waren um 19,1 v. H. emporschnellen. Von den Warengruppen stehen Kohle und Eisen mit einer Preissteigerung von 34,9 v. H. bei weitem an erster Stelle. Die Gesamtindexziffer ist gegen den Vormonat um 17 v. H. gestiegen.

Wir stehen also vor der Tatsache, daß der freie Handel die Inlandswaren weit stärker verteuert, als die Entwertung der Mark an sich bedingen würde. Das wird sonst gemeinhin bestritten, die amtliche Indexziffer zeigt eben, wie wahr es ist

### Devisen-Kurse.

Amstiche Devisennotierung an der Berliner Börse.		Berlin, 15. Mai.	
		15. Mai.	13. Mai.
Amsterdam	100 fl.	11061.15	11161.—
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2837.—	2899.45
Kristiania	100 Kr.	5339.30	5393.25
Kopenhagen	100 Kr.	6082.35	6142.90
Stockholm	100 Kr.	7330.80	7415.70
Helsingfors	100 finn. Mk.	594.25	609.20
Rom	100 Lire	1503.10	1518.10
London	1 £	1272.90	1283.35
New York	1 Doll.	235.89	238.88
Paris	100 Frs.	5619.20	2634.20
Zürich	100 Frs.	5493.10	5558.—
Madrid	100 Pesetas	4451.90	4489.85
Wien	100 K.	2.90%	3.15%
Budapest	100 K.	37.40	37.90
Prag	100 K.	549.05	556.90

### Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit
Angekommen am 15. Mai.					
D.	Rußland	Wolter	Hamburg	1	
E.	Serba	Anderson	Stockholm	8	
Angekommen am 16. Mai.					
D.	Mira	Granott	Helsingfors	3	
E.	Skirner	Danten	Helsingfors	1	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interate Heinrich Steinberg. Druck: Friedrich Meyer & Co., Lübeck.



Wir bitten unsere verehrte Kundschaft, davon  
Vormerkung zu nehmen, daß wir Herrn

## Max Spanuth

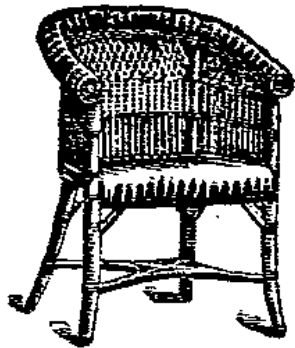
aus unseren Diensten entlassen haben und Herr  
Spanuth aus diesem Grunde nicht berechtigt ist,  
Abgänge für uns zu tätigen, noch Zahlungen ent-  
gegenzunehmen. (2063)

**Wilhelm Wilkens, Annoncen-Expedition,**  
Lübeck, Fischstraße 34. Telephon 8503.

## Laden

mit Wohnung in **Schlutup** oder **Küdnitz** gesucht.  
Elegante 3-Zimmer-Wohnung in Lübeck mit elektr.  
Licht usw. kann in Tausch gegeben werden. Angebote  
unter **A 166** an die Exped. dies. Blattes. (2061)

Am Sonntagabend verließ einst mein  
lieber Mann und meiner Kinder und Enkel-  
kinder liebevoller Vater  
**Ludwig Hinz**  
im 76. Lebensjahre.  
**Otilie Hinz, geb. Teitner**  
und Angehörige.  
Lübeck, Brüderstraße 8a, II.  
Einäschung am Donnerstag, dem  
18. Mai nachmittags 3 1/2 Uhr.



## Korbmöbel

Zubehöre.

Nur **Krähenstraße 1, Hof.**

9-12 und 2-5 Uhr. (2048)

## Hutlacke

In verschiedenen Farben.

**Ferd. Kayser**

## Billige

## Kernseife

und andere Artikel

für den Haus-Putz!

<b>Terpentin-Salmiak-Selfenpulver</b>	Paket	<b>2<sup>50</sup></b>
<b>„Hansa“-Waschpulver</b>	Paket	<b>3<sup>00</sup></b>
<b>Henkels Bleichsoda</b>	Paket	<b>4<sup>00</sup></b>
<b>Sil-Waschpulver</b>	Paket	<b>3<sup>50</sup></b>
<b>Messerschmirgel</b>	Dose	<b>95<sup>4</sup></b>
<b>Bohnerwachs</b>	Terpentinware	<b>9<sup>75</sup></b>
	Dose 24,00, 13,00,	

## Kernseife

nach wie vor unsere bekannte gute  
Hausmarke, Doppelstück ca. 250 gr.

Mk. **7<sup>75</sup>**

## Holstenhaus

G. m. b. H. Lübeck.

## Stockelsdorf.

Oeffentliche

## Freidenter-Versammlung

Donnerstag, 18. Mai, abends 8 Uhr  
Brauerei Fadenburg.

Tages-Ordnung:

1. Freidenter und Kirche.  
Referent: Herr Popp, Hamburg.
2. Freie Diskussion.

Frauen und Männer werden um recht zahl-  
reichen Besuch gebeten. (2044)

Die Einberufer.



Neuer Grundeigentümer-Verein Lübeck und  
Umgegend von 1919, e. V.

Mittwoch, d. 17. Mai, abds. 8 Uhr

„Central-Hallen“:

## Mitglieder-Versammlung.

Wichtige Tagesordnung, u. a.: Ausführungs-  
bestimmungen des Reichsmietengesetzes.

Der Vorstand.  
NB. Ausweise vorzeigen. Aufnahme neuer  
Mitglieder am Saaleingang. (2042)  
In unserer Geschäftsstelle, Waffstraße 99, sind  
die neuen Lübecker Mietverträge, sowie das für  
jeden Hausbesitzer dringend erforderliche Haus-  
konto-Buch zu haben.

## Kolosseum

Jeden Mittwoch  
und Sonnabend  
Anfang 6 1/2 Uhr.

## Ball

Heinrich Ohde.

(2030)

## Luisenlust Ball.

Jeden Mittwoch: Damen Eintritt frei.

Jeden Freitag: Ball. Eintritt frei.

**Wilhelm Paap**  
**Ella Paap**  
geb. Neumann.  
Vermählte.

Für erwiehene Aufmerk-  
samkeiten danken  
(2040) S. D.

Am Sonntagabend  
nach längerem  
Leiden mein lieber  
Mann, unser guter  
Vater (2062)

**Heinrich Stoll**  
im Alter von 47  
Jahren.

In tiefer Trauer  
im Namen der Ein-  
terlebenden

**Emma Stoll,**  
geb. Wiess  
nebst Kindern.

Die Beerdigung  
findet am Freitag,  
dem 19. d. Mts.,  
nachm. 3 1/2 Uhr, von  
der Kapelle des Vor-  
werk Friedhof, statt.

Der Vorstand.

Verbd. d. Brauerei-  
u. Mühlenarbeiter.  
Zahistelle Lübeck.

**Nachruf.**

Infolge Unfall  
verlieh unerwartet  
unser langjähriges  
Mitglied, der Geister

**Heinrich Braasch.**

Seine  
seinem Andenken!

Die Beerdigung  
findet am Mittwoch,  
dem 17. Mai, nach-  
mittags 4 Uhr, auf  
dem Vorwerker  
Friedhof statt. (2048)

Die Mitglieder  
versammeln sich 3 1/2  
Uhr im Feldberg-  
Ulm recht zahlreiche  
Beteiligung erludt

Der Vorstand.

**S. P. D.**

Durch Unglück-  
fall starb unser Ge-  
nosse (2045)

**Heinrich Braasch,**  
Geister.

Beerdigung Mit-  
woch nachm. 4 Uhr  
Vorwerker Friedhof.

Ferner haben  
unsere Genossen

**Heinrich Stoll**  
**F. Jazewski.**

Seine ihrem An-  
denken!

Beerdigung Frei-  
tag nachm. 3 1/2 und  
4 Uhr Vorwerker  
Friedhof.

Der Vorstand.

Verband der  
Gemeinde- und  
Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck.

Am 14. Mai starb  
unser Kollege (2054)

**Franz Jazewski.**

Seine  
seinem Andenken!

Die Beerdigung  
findet am Freitag,  
dem 19. Mai, nach-  
mittags 4 Uhr, an  
dem Vorwerker  
Friedhof statt.

Der Vorstand.

## Verloren!

**50 000 Mk. Belohnung!**

Am 6. September 1921 nachmittags  
wurde auf dem Wege

## Oldesloe — Lübeck

aus einem Koffer eine frohbildleberne Damen-  
handtasche mit Mk. 16 000.— Inhalt ver-  
loren. Die Tasche enthält außerdem  
Familienschmuckstücke, die für die Besizerin  
persönlich wertvoll sind.

Obige Belohnung erhält derjenige,  
der mir zu dem Wiedererhalt der Sachen  
verhilft; Verschwiegenheit wird auf jeden  
Fall zugesichert.

Angaben erbeten unter **R 93** an

**Erich W. Nautz, Wl. Ann. Sp., Lübeck**

Breite Straße 54. (2032)

## Wir teilen der Bevölkerung

Lübeck mit Rücksicht auf das  
zu erwartende wärmere Wetter

mit, daß wir in unseren Ver-  
kaufsstellen an Kunden und  
Nachkunden jedes Quantum

**Voll-, Mager- u. Butter-**  
**milch (auch Butter)**

zu Tagespreisen abgeben. (2049)

## Hansa-Meierei

G. m. b. H.  
Lübeck

## Starke

Schnitz. 25. Teleph. 8860  
Täglich von 10 Uhr früh: **Stilles Brot!**  
**Starker-Korsett** ab 4 1/2 Uhr nachm. (2043)  
Lieferung, auch d. Post, f. schnelle Erledig.

## Passagierdampfer „Falke“

täglich nach Travemünde.

Abfahrt von der Drehbrücke 9.30 Uhr vorm.  
Annahme von Gepäcksstücken. (2035)

Fahrtpreis pro Person 8.00 Mark.  
Rückfahrkarten 15.00 Mark.

## Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. S. m. b. H.

Am Donnerstag, dem 18. Mai, eröffnen  
wir Ecke Waisenhofstraße und Weiserstraße  
unsere

## Fleischwarenabgabestelle 4.

Hiermit erfüllen wir einen oft ausgesprochenen  
Wunsch unserer Mitglieder vor dem Holsten-  
tor-Nord und dürfen daher auch sicher auf  
weitgehende Unterstützung aller Mitglieder  
dieses Bezirkes rechnen.

Die Umzüge in unserer Warenabgabe-  
stelle I Burgstraße sind trotz Eröffnung von  
weiteren Abgabestellen immer mehr gestiegen.  
Ein Beweis für unsere Leistungsfähigkeit.  
Wir unterhalten folgende Fleischabgabe-  
stellen:

1. Große Burgstraße 55.
2. Moislinger Allee 4.
3. Schwarzbauer Allee 162.
4. Reiterstraße 43.

Beitrittserklärungen nehmen alle Abgabe-  
stellen entgegen.



## Blattbüchse Volksgut in Lübeck.

Blattbüchse Amerikaner Raamt.  
Raten und Nichtraten, wofür  
kann einen Gast oder twee an  
Sundtag (21. Mai) meddag  
bit Maandag vormeddag up-  
nehmen? De weil sit bet

Tannerweg, den 18. Mai, up de Gyllenrum.  
Johannstr. 15. (2057)



## Sie stanno über die Wirkung,

wenn Sie das moderne, an  
Sattbarkeit unüberborene  
weltberühmte

**S. L. Prima-Donna**

tragen. (2037)

**Hemo-Korsett**

tragen. (2037)  
Hauptniederlage:  
**Ch. Jepsen, Breite Str. 42.**

**U**

**Licht- spiele**

rühnhausen 17/18

bietet ein wirkl. erpfl. Programm  
vom 16. bis 22. Mai.

**2 große Schlager!**

**Die Geheimnisse v. London**  
Die Tragödie eines Kindes in  
6 erchtütternden Akten. In der  
Hauptrolle: Das 8jährige Kind  
M. Lubinsky.

**Im Kampf um Diamanten-**  
**felder.** (2056)  
Süd-Weit-Abenteuer. Drama in  
6 Akten mit Oscar Marion als  
Hauptdarsteller.  
Ferner: Krümelchen geht jagen.  
Ein urkomischer Film in 2 Akten.

**Spitz-Bebe**

Spezial-Verband  
für  
Wasserklo

(1926)

**Verband der**  
**Gemeinde- und**  
**Staatsarbeiter.**

Filiale Lübeck. (2050)

**Betriebsräte- und**  
**Vertrauensleute!**

**Heute abend**  
8 Uhr  
bei Lender, Hundestraße 41.  
Der Vorstand.

**Die Geschrei**

und unsinnige Ver-  
sprechungen mache  
ich (2029)

**nicht.**

Für Gold-, Silber-,  
Platin-, Double-  
Sachen u. Bruch,  
für alte Münzen,  
Gebisse u. einzelne  
Zähne zahle ich  
**aber**  
nachweislich  
**die besten Preise**  
und bediene Sie  
nach jed. Richtung  
grundreel, fach-  
männlich und ge-  
wissenhaft.

**Westlichling**

32 Holstenstr. 32  
Eigene Schmelze,  
daher kein  
Zwischenhandel.

**Hansatheater.**

Heute Dienstag,  
präzise 8 Uhr  
und folgende Tage:  
Gastspiel des berühmten  
Komikers **Anton Frank**  
in (2034)

**Der keusche Lehemann**

**Stadtheater Lübeck**  
Dienstag, 18. Mai, 7.30:  
Der Trompeter von  
Saffingen. (2046)  
88. Ab.-Vorst. Wstf. B.

Mittwoch, 17. Mai, 7.30:  
Zum ersten Male:  
Nach Damaskus. 1.  
Teil von Strindberg.  
88. Ab.-Vorst. Wstf. B.

Donnerstag, 18. Mai, 7.30  
Schneider Wibbel.  
89. Ab.-Vorst. Wstf. B.

Freitag, 19. Mai, 7.30 U.  
Die Brand des Lucullus.  
Operettenabend.  
89. Ab.-Vorst. Wstf. B.

**Zahle hohe Preise**  
für

**Gold-, Silber-, Double-**  
**Platin-, Brillanten-**  
Gegenstände und Bruch.

**Carl Michaelsen,**  
Goldschmied, (2058)  
Mühlensstraße 3 (Kilgenberg).



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 16. Mai.

### Aus der Bürgerschaft.

Kurtage in Travemünde. — Wohnungsabgabe. — Volksparteiliche Reklame. — Nationalistische und Arbeiterjugend.

Die Bürgerschaft erlebte gestern einige Ueberraschungen. Die Vorlage über die Kurtage in Travemünde brachte die erste Bestätigung. Genosse Hagelstein setzte mit Erfolg wesentliche Änderungen durch, an denen auch die Rechte nicht viel auszusetzen hatte. Die Kommunisten allerdings schlugen größere Töne an; ihr Sprecher ließ sich sogar zu Drohungen hinreißen. Sie haben nun einmal in Deutschland dem Kapitalismus ewige Feindschaft geschworen, während ihre Matadore in Sowjetien sich die Beine ablaufen, um mit den allergrößten Kapitalisten handelseinig zu werden. In Genua treten die Tischler täglich in den feinsten Fräcken auf und lassen sich wie so manch andere Edelkommunisten an der frischen Seeluft, aber in Travemünde soll die ganze Kapitalistenbande weggeschickt werden. Wir haben über den Luxus der Drohnen auch unsere eigene Ansicht, doch sehen wir noch klar genug, daß noch mehr als ein Sommer vergeht, ehe eine Revision vor sich gehen kann. Mit dem Klamauf allein ist es nicht getan und wie gesagt, warum sollen wir die Kapitalisten hinauspeitschen, wenn Rußland sie mit Honig ins Land hinein lockt. Aber dieser Schmerz hatte die Ueberraschung nicht im Gefolge. Das Stühlgeworden wurde erst wahrgenommen, als unsere Fraktion einem kommunistischen Antrag zustimmte, der Arbeitern, Angestellten und Beamten bis zur Gehaltsklasse 8 auf Anfordern freien Eintritt in die Kurkonzerte, den Badeanstalten usw. gewähren will. Da war die zahlungsfähige Rechte sprachlos. Denn sie ist der Meinung, daß die briefstaschenbeengten Staatsbürger dort überhaupt nichts zu suchen haben. Die Herren lehnten deshalb die ganze Senatsvorlage ab und verhinderten so, daß die Kurtage vorläufig überhaupt erhoben werden kann. Wir sind zwar auch der Ansicht, daß der Antrag noch einer Korrektur bedarf, aber das eilige Verhalten der Rechten ist doch bezeichnend.

Die zweite Ueberraschung: Die Rechte stimmte auch gegen einen Teil des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbauens. Die Hausbesitzerfraktion will also nicht einmal von der Last entbunden sein, die ihr bei Zahlungsunfähigkeit eines Mieters erwachsen könnte. Freilich, sie hegt fremdere Wünsche. Sie ist der Todfeind der Zwangsversteigerung und erhofft von deren Niedermehelung ganz andere Chancen. Die Kommunisten verbündeten sich mit der Rechten. Woher das Geld zur Behebung der Wohnungsnot kommt, danach fragt ein stolzer Spanier nicht. Auch im deutschen Hintergrund leuchtete eine verzagte Seele einen grundtückschweren letzten Hauch, der sich auf Volksparteiler und Demokraten übertrug. Wirkungsvoll vertrat Genosse Brexner unsern Standpunkt und gab beachtenswerte Winke für die Behebung der Wohnungsnot.

Die Ueberraschung Nr. 3 leitete die volksparteiliche Frau Zimmermann ein. Sie gab endlich den Grund an, warum die Butter so teuer und der Zucker so rar ist. Die Ausländer sind es, die alles hier aufessen. Die sind schuld, daß die Gärten der Ahabarber nicht los werden. Herrgott nochmal: die liebe Frau vergaß ganz, anzuführen, daß ihre Parteigenossen in Stadt und Land, als Agrarier und Handelsbesitzer, sich höchlichst angelegen sein lassen, den Ausländern unsere notwendigen Produkte schon vorher entgegenzuschicken, damit sie bereits gestärkt ankommen und sich an unsere Kost schon gewöhnt haben — genau so wie die volksparteilich-konservativen Beutelschneider an die ausländische Valuta. Sie werden beide dick und fett dabei — nicht von den Ausländern, sondern vom Wachstums, den sie den eigenen Volksgenossen abtropfen. Wozu also der Lärm? Die

dummerhafte Reklame zieht ja doch nicht. Vielleicht läßt die gnädige Frau einmal die kurze, aber treffende Antwort unseres Genossen Dr. Picty im Kämmerlein vor die Seele treten.

Die vierte Ueberraschung stellte Herr Senator Dr. Bremer auf den Tisch des Hauses. Bei der Beratung des Unterganges der Herr Senator die Statuten des Jugendkorps aus, die in ihren Haupt- und Nebensätzen in dem Refrain ausklingen: In unserer Brust schlägt ein deutsches Herz, ergo sind die Aulen unser, ihr aber, die deutschnationalen Empfinden feindlich gesinnt sind, bleibt auf immer und ewig am Allerheiligsten verdammt. Die vom Senatstisch und der Oberschulbehörde ausströmende Ansicht ist Geld wert — aber kaufen kann sie kein freigeinnter Mensch. Stark bleibt die Zumutung aber doch, der Bürgerschaft diesen Glauben aufzwingen zu wollen.

### Zur Lohnbewegung auf den Werften.

Der Schiedspruch vom 5. April, soweit er die Löhne berührt, ist von den Werftbesitzern angenommen, dagegen der letzte Teil, soweit die Vertretsdauer in Frage kommt, abgelehnt worden. Ein am 6. Mai tendender Schlichtungsausschuß, unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Fick vom Reichsarbeitsministerium, sprach aus, daß der neuen Regelung der Löhne für die Werften für den Monat Mai nichts im Wege stehe. Die Werftbesitzer verlangten eine Erklärungsfrist bis Sonnabend, 13. Mai; jedoch vor Ablauf dieser Erklärungsfrist kam eine Lohnverhandlung zwischen der Norddeutschen Gruppe (Schiffwerften) und den beteiligten Arbeitnehmerorganisationen am 12. Mai zustande, die nach vieltägiger Dauer folgendes Ergebnis zeitigte, das am Montag, 13. Mai, den organisierten Werftarbeitern zur Abstimmung vorgelegt wurde: Die Löhne für sämtliche über 20 Jahre alten Arbeiter, aufgenommen die unter D 9 besonders aufgeführten Kategorien, betragen: Für Gelehrte 13,80 bis 14,20 Mk., Affordgrundlohn 13,40. Für Ungerne 12,10 bis 12,50 Mk., Affordgrundlohn 12,50 Mk.

Die Stundenlöhne für jugendliche Arbeiter unter 20 Jahren betragen

für Jugendliche unter 15 Jahren	2,60 Mk.
zwischen 15 und 16	4,40
16	6,00
17	7,20
18	8,70
19	9,60
Ausgelehrte unter 20 Jahren	11,40

Sämtliche verheirateten Arbeiter sowie ledige über 25 Jahren erhalten nach Ziffer D 5 statt wie bisher 75 Pf. = 1,00 Mk. und für jedes Kind statt bisher 20 Pf. jeht 30 Pf.

Diese Lohnsätze gelten von derjenigen Lohnwoche ab, die nach dem 13. Mai 1922 beginnt, bis mindestens 30. Juni 1922. Im übrigen wird auf Abschnitt 11 des Tarifvertrages verwiesen.

Dieses Ergebnis wurde in den hiesigen Werftbetrieben mit 1208 gegen 626 Stimmen angenommen. 62 Stimmen waren unglücklich. Soweit bisher bekannt ist, wurde auch in den übrigen Werftorten dieses Ergebnis mit großer Mehrheit angenommen.

Statistischer Monatsbericht über die Stadt Lübeck für April 1922. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes Ende März 121 654 Einwohner. Im April kamen 22 durch Geburtenüberschuß und 120 durch Wanderungsgewinn hinzu, jedoch die Einwohnerzahl Ende des Monats 121 796 (1921: 119 328) betrug. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war folgende: Eheschließungen 141 (147), Geburten 221 (216), Sterbefälle 199 (119). Auf 1000 Einwohner und ein ganzes Jahr berechnet, sind das 13,9 (14,8) Eheschließungen, 21,6 (21,8) Geburten und 19,6 (12,0) Sterbefälle. Die Sterbeziffer zeigt also gegenüber dem April des Vorjahres einen recht ungenügenden Stand. Unter den Geborenen waren 26 oder 11,7 % (28 oder 13,0 %) unehelich und 5 oder 2,3 % (7 oder 3,2 %) tot. Von den Gestorbenen waren 29 (16) unter 1 Jahr und 70 (28) über 70 Jahre alt. Die auf 1000 der Lebendgeborenen, aus denen die gestorbenen Säuglinge stammten, berechnete Säuglingssterbe-

ziffer betrug 129,4 (76,1). Todesursache war 32 mal Krankheiten der Kreislauforgane 27 mal Lungenerkrankung, 26 mal Tuberkulose, 24 mal Altersschwäche, 13 mal Krankheiten der Atmungsorgane und 11 mal Krebs. Gesamtkosten Todes starben 11 Personen und zwar 4 durch Selbstmord und 7 durch Verunglückung.

Die Elektrizitätsversorgung der Lübeckischen Enklaven im Außenbereich ist in den letzten Monaten kräftig gefördert. In fast allen Gemeinden ist die Inbetriebnahme der Versorgungsanlagen erfolgt, nur in St. Schretstaken und Hohenbeck sind die Anlagen noch im Bau; mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme im Laufe des Sommers ist jedoch auch dort zu rechnen.

wd. Stadthallen-Vorfälle. Von Kinder der Finsterstraße, einem Kleinkind der „Lila“, läuft unter dem Titel „Der Mann aus Neapel“, bis Donnerstag der erste Teil. Hans Mierendorff, der die künstlerische Hauptleitung für sich in Anspruch nimmt, bietet alles, was ein Kinobesitzer erträgt. Auf seiner abenteuerlichen Flucht aus dem Unterfunkstudium zum Dampfer „Gelan“ und auf diesem selbst zeigt er geradezu artistische Produktionen. Den Besuch dieses Films lohnen aber schon die herrlichen Aufnahmen von Neapel und aus der Lagunenstadt Venedig. Sie verleihen dem Werk befondere Reize, der noch erhöht wird durch die Bilder aus dem Schiffleben, die auch gesellschaftliche Kontraste des Schlemmerlebens an Bord und den furchtbaren Dienst der Heiter und Trimmer vorführen. Im ersten Teil wird eine Verfilmung von Hans Land's Roman „Entgeißelt“ unter dem Titel „Die Kleine vom Film“ gezeigt, die in Filmkreisen selbst weit und in der Kläre Lotta, Carl Vogt und Hans Land selbst die Hauptrollen darstellen. Weitere verfügt in der Titelrolle über viel Anmut und Reiz. Leider ist die Handlung zu unwahrscheinlich, und besonders fand sie im Schluß keine Lösung. „Die Bärenjungfrau“ sorgt zu Beginn für den nötigen Humor.

Neues Stadttheater. Die sieben Türme, Totalspoffe, Uraufführung. Die sieben Türme, die Wahrzeichen Lübecks, von jeder Gegenstand, ist Opfer der Dichter, sind nun auch auf Bühnenreise geprüft. Die Welgenreisen werden auch diesen Sturm, es war, was den Sturm des Beifalls anbetraf, sogar ein Orkan, bestehen. Ernst Albert, der populäre Meister mit dem Zylinder, hat den Sieben eine Art Revue" acemidmet. Als „Mann vom Bau“ und Kenner der Lübeckischen Verhältnisse hat er aus bewährten Possenmotoren und lokalen Anspielungen seinem Publikum ein schmackhaftes Ragout zubereitet. Dazu hat Helmut Lemz eine etwas ärgerliche Musik geschrieben. Die Aufführung war freidenkweise sehr amüßant. Vor allem Ernst Albert selber, der als lächerlicher Fabrikant in Stockelsdorf und im Lübecker Strandbad wirkte und außerdem, ein hübscher Einfall, als Ernst Albert selber in den Wallanlagen erschien. Neben ihm war Willig Walter-Böhne als Hofbesitzer Krauhahn in der Schtheit des Dialekts und der drahtischen Natürlichkeit seiner Komik vorzüglich. Die beiden schönsten Liebespaare wurden von Max Hermann und Maria Gaffron, sowie von Max Burghardt, der von diskreter Komik war, und Kitty Stengel gespielt. In einer beinahe Eudemannischen Aussprache standen sich Karl Moran als Konful und Carl Wünder als Stadtschreiber Staßbaum gegenüber. In kleineren Rollen hörte man von Ely Lösch als Fischfrau Wade, sowie von Carl Radloff als Stockelsdorfer Knecht echt Lübeckische Leute. Elvira Gläser und Bertel Berndt betätigten sich als neckische Fledermauschen. Die Bühnenbilder waren ansprechend, die Hohenfelder Tannen zeigten norwegischen Charakter. In der Nacht nach der Aufführung besahen ein selten schöner Mond unsere Stadt. Er beleuchtete die gezeigten Sieben; er beleuchtete auch das feiernde Stadttheater. Die Sieben standen in nordischer Ruhe; am Stadttheater leuchtete die Anschrift: „Dem Wahren, Guten und Schönen.“ J. W. St.

Volkshochschule. Wegen Abwesenheit fällt diese Woche der volkswirtschaftliche Kursus Dr. Leber aus.

pb. Wegen Diebstahls sehr wertvoller Personage wurden zwei Matrosen ermittelt und festgenommen. Sie hatten die Personage von einem im hiesigen Hafen liegenden Segelschiff gestohlen und an einen schwedischen Kapitän für 300 Mk. verkauft. Der Käufer wurde wegen Fehlers ebenfalls festgenommen.

pb. Wäschebetrug. Einer in der Kottwitzstraße wohnhaften Ehefrau sind in der Nacht zum 12. ds. Mts. fünf buntdruckte Tischdecken, ein Tafeltuch, fünf Damenhemden, fünf Damenhemdkleider, ein Nachthemd, ein Bettbezug, 1 Paar Scheibengardinen, zwei Normaljäckchen, 3-4 große Bettdecken, 8 Meter Blusenstoff, ein Herren-Regenmantel, eine Seidenjacke, 1 Paar Strümpfe, 23 Handtücher gestohlen worden.

## Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17.

Von Henni Lehmann.

32. Fortsetzung

„Wir werden sehr klein und bescheiden anfangen müssen, wenn der Krieg vorbei ist,“ schrieb Ines, „aber Heinz kann in seiner Heimat als Assistent eines alten Arztes eintreten, der nicht mehr die Praxis allein versehen kann. Was er erwirbt, wird ausreichen, uns ein bescheidenes Nestchen zu bauen. Wie glücklich werde ich sein, Mutterchen, wenn Du mit Benita zum erstenmal Gast in unserem Heim bist! — Ach, liebe Mutter, wäre doch nur erst der Krieg zu Ende! Wer doch mag die Schuld tragen, daß all das Unheil weiter und weiter geht? Wer ich bin doch glücklich, Mamita, so glücklich! Ist es unrecht, glücklich zu sein in dieser Zeit, in der so viele weinen, dann mag der liebe Gott mir dies Unrecht verzeihen —, ich kann nicht anders, ich bin glücklich.“

Frau Concha kannte ihr ernsthaftes, beherrschtes Kind in diesem Glüdsüberchwang kaum wieder.

„Wenn die Stillen einmal lebendig werden, dann sind sie die Mertoßen,“ dachte sie, „ihr Vater war ebenso.“

Und sie ging mit Stolz im Hause umher und auch hinüber nach Nummer 18 und erzählte von ihrem Schwiegersohn, dem Doktor.

So schmückte sich die Harenholds freudig ein Weihnachtsbäumchen, und Frau Greefe war froh mit ihnen, und sie wäre noch froher gewesen, ohne die bohrende Angst um ihren Einzigen.

Auch bei Heises war der Christabend gut und still vorübergegangen. Frau Heise war noch einmal ein wenig froher geworden in dem Lächeln ihrer Kinder, und Berta war auch auf ein paar Wochen verreist zu Verwandten. Doch tief in Maria Heises Herzen lag noch wie ein Stein das dumpfe Bewußtsein, das sie doch gehen würde, vielleicht später, vielleicht ganz plötzlich einmal.

Was kommen muß, läßt sich nicht aufhalten, doch es war ein gutes Fest gewesen, und sie waren dankbar dafür, so wie es die andern Frauen in Nummer 17 waren.

Aber nun kam das neue Jahr.

Man konnte diesem neuen Jahr nicht entgegenjubeln, wie man es in guten Zeiten getan hatte. Man konnte nur zittern vor dem was es bringen würde, und die golden leuchtende Gestalt des Jahres, die von allen herbeigeführt wurde, stand fern in verfallenden Dänden.

Junge Menschen wehrten sich gegen den Druck. Sie wollten Licht, sie wollten Freude haben. Konnte es keine gute Freude sein, so mochte es denn eine schlechte werden. Man nahm eben fürchtlich, so oder so.

Rose Gils war wieder im Krankenhaus. Berta war zurückgekehrt. Sie ging mit Benita in der Dunkelheit durch die schlechtbeleuchteten Straßen, — auf und ab in der langen Hauptstraße, in der das Stelldichein der Geschlechter war, in der sich die Frauen, die nur kurz miteinander schlüßern, einander gegenseitig anzeigten wollten, ohne weitere Folgen über den Augenblick hinaus, und die andern, die den Anreiz nur als Mittel suchten, um damit eine Befriedigung bis zum Letzten einzuleiten. Aber nicht selten ging das eine in das andere über. Aus der flüchtigen Begegnung wach sie ein enges Band, das mehr oder weniger schnell wieder gelöst wurde, von Beginn an jedoch nicht für die Dauer gedacht war.

Zu Berta gesellte sich der und jener, den sie kannte oder nicht, der neben ihr auf und ab ging, und der und jener hatte auch einen Freund, der dann an Benitas Seite auf und ab ging, und manchmal kam man an eine Ecke, von der aus man ein mit unzähligen kleinen Flämmchen hell erleuchtetes Portal sehen konnte, dort spielte man die Filmdramen, die aufregenden, die immer wieder die Schar der Besucher hineinzogen in ihr verdunkeltes Haus. Und Berta und Benita gingen mit dem und jenem hinein. Und der und jener nahm beim Heimgehen haben und drüben vor Nummer 17 und vor Nummer 18 von den Mädchen Abschied, und der und jener ward dann auch einmal vertraulich.

„Dabei ist doch nichts Schlimmes,“ sagte die Berta, „man muß nur flug sein und zur rechten Zeit Schluß machen.“

Der und jener hatte wohl auch einmal in der Dunkelheit des Filmhauses zu Vertraulichkeiten geneigt, daran gewöhnte man sich, ja, man fand es manchmal sogar ganz angenehm.

Es war wirklich ganz harmlos, wirklich nichts Schlimmes dabei.

Nur, daß die Vertraulichkeiten immer ein bißchen vertraulicher wurden.

Und Frau Concha arbeitete in späten Abendstunden wieder beim Photographen.

Und von Walter kamen keine Briefe, denn sein Regiment war verlegt worden, und es war Kollsperrre und mochte Wochen dauern, ehe man wieder von ihm hören konnte.

Und Berta war sehr allein.

Und es war nicht wunderbar, wenn sie nun wieder Abend für Abend ins Kino zu gehen begann. Alles Geld, das sie für ihre Ständereien erhielt, trug sie dorthin.

Und es war auch nicht wunderbar, daß sich nicht mehr diefer und jener, sondern immer derselbe zu ihr gesellte.

Es war ein jüngerer Feldwebelleutnant, der wegen einer Schußverwundung für längere Zeit im Garnisondienst Verwendung fand. Er war hübsch und dreifiß.

Er lächelte, wenn er dreifiß ward, Berta lächelte, wenn sie seine Dreifißigkeit sah, und Benita gewöhnte sich ebenfalls daran, zu lächeln.

Er lächelte sie vor der Haustür, — und sie lächelte ihn lächelnd zurück, — ein paarmal, — dann lächelte sie ihn wieder.

Sie hatten jeder einen Hausschlüssel, sie und die Mutter.

Benita als erste nach Hause kam, — und das war meist der Fall, — dann leerte sie sich in ihrem Zimmerchen hinter dem der Mutter in ihr Bett. Sie schlief oft schon fest, wenn die Mutter kam, die nicht mehr hineinschaute, um das Kind nicht mehr zu hören, wie sie sagte. Vielleicht war es aber auch, damit das Kind nicht sehen sollte, um welche Zeit sie nach Hause kam. Und die letzten Male, an denen Benita später gekommen war als die Mutter, hatte diese schon geschlafen, und das Mädchen war so leise hindurchgeglitten, daß die Mutter davon nicht erwacht war.

Aber es kam ein Abend, — ein sehr später Abend, an dem Benita nicht ins Haus kommen konnte. Es war von einem spät Heimkommenden ein Schlüssel von innen eingesteckt worden und dieser Schlüssel war abgedreht. Nun steckte der Schlüsselbart im Schloß, und man konnte von außen keinen Schlüssel hineinschieben. Was nun? Benita war ratlos. Das Haus, die Gasse in so später Stunde durch Lärm wachzumachen, wagte sie nicht. Auch Nummer 18 war fest verschlossen. Die Berta war heute nicht mit im Kino gewesen. Der Feldwebelleutnant machte einen Scherz daraus.

Er wachte nicht weit ab. Seine Wirtin habe ein leeres Zimmer, das eben nicht vermietet sei. Da könne das Mädchen schlafen. Das Bett sei bezogen für einen erwarteten Gast.

Benita ging mit.

Sie fand ein leeres Zimmer.

Sie fand ein frischbezogenes Bett.

Aber sie schlief in dieser Nacht nicht allein in diesem Zimmer und in diesem Bett.

Und dieses Mal mißfiel ihr das Zusammensein nicht.

Als sie heimging am nächsten Tage, war es gegen Mittag.

Sie ging ins Haus, als ob sie eben von einer Besorgung heimkäme, und keine von den Frauen, die sie kommen sahen, konnte etwas erwidern. Ob Frau Concha bemerkt hatte, daß das Bett in dem engen Mädchenstübchen in dieser Nacht unberührt geblieben war, wußte Berta nicht. Frau Concha erwähnte nichts davon.



u. Schluß. Der sozialdemokratische Verein hielt am Donnerstag seine Mitgliederversammlung ab. Nach Aufnahme von 9 Genossen verlas Gen. Garmis die Abrechnung von der Kasse, welche einen Ueberschuß von 1833 Mk. ergab. Hieron wurden der Fußballabteilung 532 Mk. bewilligt. Auf Antrag des Gen. Weiburg werden 2000 Mk. im Konsum-Verein als Fahnenfonds hinterlegt. In Stelle des erkrankten Kassierers Brügge wurde Gen. G. Zahnke als Hilfskassierer gewählt. Die Sammlung für die Gemeindefreier erbrachte die Summe von 2245 Mk. Viele sind sich gewiß nicht klar, was eine Gemeindefreier bedeutet, sonst hätte die Sammlung besser ausfallen müssen. Gen. Köhler rügt die schlechte Zuteilung und Verschwendung von Wittenholz, welches kaum das Fuhrgeild wert ist und fordert baldige Abhilfe. Gen. Petersen erludete die Anwesenden, sich der Gruppe „Freidenker“ anzuschließen. Abschließend wurde noch die Frage erörtert über Kirchenlandverpachtung. Der Vorsitzende versprach, in dieser Sache die nötigen Schritte zu unternehmen. Zum Schluß wurden noch einige örtliche Fragen besprochen.

Hindorf i. Büsch. Der Sozialdemokratische Verein hielt am Sonnabend abend seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Genosse H. Wolfbradt-Lübbeck hielt einen Vortrag über das Thema: „Was ist und was will die sozialdemokratische Partei?“ In den Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Aussprache. Der Vorstand wurde neu gewählt. Wiedergewählt wurde der Gen. O. Feddern als 1. Vorsitzender und der Gen. G. imich als 2. Vorsitzender. Als Kassierer wurde neu gewählt der Gen. Leubrand und als Schriftführer Gen. Rauwert. Vom 1. Juli an soll der „Lübcker Volksbote“ durch einen Genossen, der sich dazu bereit erklärt hat, ausgetragen werden. Die bisherigen Bezahler des Lübcker Volksboten seien schon jetzt darauf hingewiesen.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Mittwoch zum 1. Male: „Nach Damaskus“, 1. Teil, von Iva Strindberg. „Nach Damaskus“ gilt für das bedeutendste Werk Strindbergs. Es hat in der neueren Literatur eine völlige Ummwälzung hervorgerufen. Wohl in keinem Werk Strindbergs ist seine Weltanschauung und Persönlichkeit so klar zu Tage getreten.

### Angrenzende Gebiete.

Stodolsdorf. Eine öffentliche Freidenker-Versammlung findet am Donnerstag in der Brauerei Fadenburg statt. (Näheres siehe Inserat.)

Cutin. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde u. a. die Mitteilung der Regierung bekannt gegeben, wonach ein Gesuch um weitere Überlassung von Siedlungsplätzen mit der Vereinbarung abgelehnt worden ist, daß die Stadt Cutin zu verhältnismäßig mit dem bisherigen Terrain umzugehen sei. Gegen diese Auffassung protestierte die Versammlung ebenso wie gegen den Bescheid des Finanzministeriums, daß der Verkauf des Bauhofes an die Stadt Cutin abgelehnt wird. — Eine lange Debatte entspann sich dann weiter über die Beschaffung von Kartoffelfeldern für die Bevölkerung Cutins: da das Bedürfnis ein immer größeres wird, so wurde der Magistrat erucht, das künftige Land durch Abwidmung der letzten Wachtverträge mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln so schnell wie möglich für Kartoffelbau-Letzellen freizumachen. — Da die Frage noch nicht geklärt ist, ob es ratsam und im Interesse der Siedlungssache liegt, wenn das Gelände den einzelnen Siedlern oder der Genossenschaft als Eigentum aufgegeben wird, so wurde ein diesbezüglicher Antrag erst noch zurückgezogen. — Die endgültige Festsetzung der Höhe der Gemeindesteuern soll bei Beratung des Vorentrags erfolgen. Die in letzter Sitzung des Gemeinderats beschlossene Höhe von 150 Proz. gegenüber einem früheren Betrag von 200 Proz. hat sich beim Finanzamt technisch nicht mehr durchführen lassen, da bei Mitteilung der Verabschiedung die Steuerbescheide schon zugestellt waren. — Ein Antrag der Oberpostdirektion auf Zuschuß von jährlich etwa 10 000 Mk. zur Unterhaltung einer Wagenhalle für die Karos der Nordmarktgesellschaft wurde einstimmig abgelehnt.

Hamburg. Seine Frau erwürgt. — Montag morgen stellte sich der Maschinenarbeiter Paulsch auf der Polizeiwache und zeigte an, daß er seine Frau umgebracht habe. Er will mit ihr in Streit geraten sein, weil diese trotz mehrfacher Aufforderung nicht aufgestanden sei.

Hamburg. Elternratswahl. Am Sonntag fanden in den höheren und Volksschulen Hamburgs die Elternratswahlen statt. Von der Reaktion war mit Hilfe nationalistischer Lehrer und der Presse wochenlang eine scharfe Propaganda für sogenannte unpolitische Listen gemacht worden, mittels deren der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Schulen und die Hamburger Schulreform beseitigt werden sollte. Der Wahlausfall war ein überraschender Erfolg für die Sozialdemokratie. Auf die Liste „Schulfortschritt“, die von der Sozialdemokratie und der U.S.P.

gemeinsam aufgestellt war, entfielen 1800 Sitze, wovon noch 75 Kommuniten kommen, während es die unpolitischen Listen zusammen mit den Demokraten nicht einmal auf 800 brachten.

Schwerin. Aus dem Landtage. Die zweite Lesung des Haushaltschahs brachte eine Reihe Probleme an die Oberfläche, deren Erörterung sich zu heftigen Kämpfen entwickelte. Von grundsätzlicher weitgehender Bedeutung war die Annahme des Heiß umfrittenen Sozialdemokratischen Antrages, durch den die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf zwecks Enteignung (Zwangsankauf bzw. Zwangsverpachtung) unwirtschaftlich betriebener Grundstücke vorzulegen. Damit hat der Landtag zunächst über die Sabotage der Großagrarier ein vernichtendes Urteil gefällt, zum andern aber auch ausgesprochen, daß er nicht länger der volkverderbenden Mißwirtschaft der Volksausbeuter ruhig zusehen will.

Bremen. Aus der Bürgerschaft. Von allen Fraktionen ist das Uebereinkommen getroffen worden, die Aufwandsentschädigung der Bürgerchaftsmitglieder von 100 auf 300 Mk. monatlich zu erhöhen. Einstimmig wurde in der letzten Sitzung diese Erhöhung angenommen. Es folgte dann die Beratung der von der sozialdemokratischen Fraktion vor längerer Zeit eingebrachten Interpellation wegen neuer schwerer Mißstände bei der Sipo. Genosse Jauth begründete die Interpellation. Er führte zunächst den Beweis, daß das berüchtigte Revolver- und „Lügenblatt“ „Rote Sand“ gegründet wurde von prominenten Personen des Bürgerturns und dem Bürgerauschuß. Oberbeamte der Sipo sind in ihrer amtlichen Eigenschaft Mitarbeiter des „Roten Sand“, Mitarbeiter in niederträchtiger Weise. Am liebsten Material ist durch solche Oberbeamte der Redaktion des „Roten Sand“ zugetragen worden; amtliches Material des Staatsanwalts, das sich mit kommunikativen Führern beschäftigt, ist durch Vermittlung dieser Oberbeamten zur Kenntnis der Schriftleitung des Lügenblattes gebracht worden. Kurz, Genosse Jauth entrollte ein häßliches Bild großer Korruption bei der Sipo. U. a. sind auch Polizeispitzel mit Stinkbomben ausgerüstet worden, um sie in Versammlungen der Linksparteien gegebenenfalls zu benutzen. Die Leitung der Spitzelabteilung hat sogar dahin zu wirken gesucht, daß Polizeispitzel mit weiblichen Angestellten der sozialistischen Parteien intime Liebesverhältnisse anknüpfen, um dann Interna besser auszunutzen zu können. Bist Teufel! — In seiner Antwort versuchte der Senatskommissar, Polizeisenator Spreckelsen, das Material des Genossen Jauth dadurch zu mißkreditieren, daß ein Teil derjenigen genannten Polizeispitzel, die Genossen Jauth

unterrichteten, sich als moralisch minderwertige Personen entpuppt haben, indem sie inzwischen wegen Eigentums- und anderer unmoralischer Delikte zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Der Senator versucht dann die vorgebrachten Anklagen in milderem Licht zu rücken. Er kommt im ganzen zu dem Schluß, daß seine lieben Untergebenen in der Nachrichtenabteilung der Sipo unschuldige (schrägweise) Lämmerlein seien, die z. B. Stinkbomben nur zum Selbstschutze ausgestattet worden seien. Von der sozialdemokratischen Fraktion wird die Niederlegung einer 9 Köpfe starken bürgerchaftlichen Untersuchungskommission zur Prüfung der vorgebrachten Mißstände beantragt. Gegen die sozialistischen Stimmen wird dieser Antrag aber abgelehnt. Wie aus der Rißliste geschlossen werden kann, sind die Unabhängigen den Antrag, die Bürgerschaft möge ihre Aufsicht über die Fraktionsführer nicht mitgeteilt haben, nicht die zur Verhandlung des Antrages nötige Unterstützung von mindestens 30 Mitgliedern.

Döbbering. Landtag. Bei Beratung des Voranschlags für die Landesteile Lübeck und Birkenfeld waren die Forderungen der Kirchengemeinschaften besonders Gegenstand der Aussprache. Abg. Hartong (Zentr.) und Dörz (Dem.) waren dafür, daß man den Kirchengemeinschaften den höheren Zuschuß aus Billigkeitsgründen gewähren soll. — Abg. Bartels (Soz.) spricht über die Behandlung der Zuschüsse an die Kirchen im Landesauschuß von Lübeck. Die Kirche in Lübeck verlange 100 000 Mk. Der Landesauschuß habe dies abgelehnt. Ein Bedürfnis bestesse daher auch in Lübeck nicht. Die dortige Kirche könne ihre Lasten sehr gut selber tragen. Der Abg. Wichmann habe die Anschlußfrage mit hineingezogen, das sei verkehrt und ebenso unangebracht, wie seinerzeit die Viehsteuer. Rehner schließt mit der Aufforderung, nur für die Regierungsvorlage zu stimmen. — Auch Huga (Soz.) ist gegen die Bewilligung. In Weimar sei 1910 die Trennung der Kirche vom Staate vereinbart. Es frage sich nur, wie lange man noch auf eine Auseinandersetzung warten solle. Wenn man die Erhöhung der Bauzuschüsse für den Landesteil Döbbering hier abgelehnt habe, so ginge es nicht an, sie nun für Lübeck und Birkenfeld zu bewilligen. Die Vorschläge der Regierung wurden schließlich angenommen. Demnach werden die geforderten Zuschüsse abgelehnt. Die Eingabe des Amtserhebendes für das Amt Wehla und des Handels- und Gewerbevereins Löhne betr. Milderung der Sonntagsruhe auf dem Lande wurde der Regierung als Material überwiesen. Abg. Heilmann (Soz.) wandte sich dagegen und betonte, daß gerade in Landwirtschaftskreisen die Notwendigkeit der Milderung der Sonntagsruhe nicht anerkannt worden sei.

## Lübcker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 15. Mai.

Vorsitzender: G. Ehlers. — Beginn 6,15 Uhr.

Unter den Senatsdekretten befindet sich eines, das sich mit der Frage der Behebung der Wohnungsnot befaßt und die früher geforderte Einsetzung einer gemeinsamen Kommission behauptet. — Ein zweites Dekret läßt sich über die Kritik der hohen Milchpreise aus und befaßt sich mit dem erheblichen Rückgang des Milchkonsums zum Schaden hauptsächlich der Jugend. Man will versuchen, im Verein mit den benachbarten Städten Kiel und Hamburg durch Unterhandlungen mit den landwirtschaftlichen Organisationen Erleichterungen zu erzielen.

1. Antrag: Erlass eines Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz zur Entlastung der Gerichte vom 11. März 1921. — Dr. Haun (Soz.) tritt für eine gesetzliche Regelung der Bezahlung der Referendare ein und begründet diese Forderung in längeren Ausführungen. Bisher seien an die Vergütung, über deren Gewährung der Gerichtsbarkeit zu entscheiden hätte, besonders Bedingungen geknüpft worden. Das liege nicht im Interesse des juristischen Nachwuchses. Ohne eine entsprechende Vergütung sei es vielen unmöglich, sich nach dem Studium der Juristenlaufbahn zu widmen. Wie im gewerblichen und Handelsberufe, müßten auch den Referendaren, den sog. Lehrlingen der Juristen, feste Sätze gewährt werden, wolle man der Abwanderung in die Industrie vorbeugen. Nach einem Vergleich mit den Entschädigungen anderer Staaten bringt der Redner folgenden Antrag vor und Genossen ein: Die Bürgerschaft ersucht den Senat: ihr eine Vorlage biligt entgegen zu bringen, nach der grundsätzlich an alle Referendare eine Vergütung in der Zeit gezahlt wird, in der sie im Vorbereitungsgebiete bei den Lübeckischen Gerichten, oder Verwaltungsbehörden beschäftigt sind. — Ewers (DN.) unterstützt das Ersuchen des Redners. Jetzt seien schon verschiedene Referendare hier zur Industrie übergetreten, wo sie bald höhere Gehälter als Richter bezögen. Ein Entschädigungssatz unter 1500 Mark pro Monat könne nicht in Frage kommen. — Senatsyndikus Dr. Lange begrüßt das Ersuchen, das ein diesbezügliches Ersuchen der Referendare unterstütze. — Dr. Haun (Soz.) empfiehlt, die Bezahlung dem Beamtenetat anzuschließen, um bei fortwäh-

tender Teuerung gleitende Sätze zu haben. — Der Sennatsantrag und das Ersuchen Bed und Genossen werden angenommen.

2. Antrag: Bürgerschaftsübernahme für ein dem Lübcker gemeinnützigen Hypothekensverein e. G. m. b. H. zu gewährendes Darlehn. — Wird angenommen.

3. Antrag: Staatszuschuß an die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit für das Rechnungsjahr 1922. — Dr. Pielh (Soz.) gibt den Ausschußbericht, aus dem hervorgeht, daß die Zahl der Speisung schlecht ernährter Schulkinder seit 1919 ganz gewaltig zugenommen ist. In St. Lorenz sei die Beteiligung so gering, daß die Speisung bald eingestellt werden müsse. Im übrigen betrage der Jahreszuschuß der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit nur ein Prozent der geforderten Summe. Der Ausschuß habe festgestellt, daß das Essen nicht ausreichend und die Qualität unzulänglich sei. Der Schulrat habe seinerzeit einen scharfen Protest gegen das Essen erlassen, später jedoch wieder anders entschieden. Man habe auch die Angliederung an das Jugendamt erwogen. Eine Verbilligung sah die Gesellschaft darin nicht. Der Ausschuß empfiehlt deshalb die Bewilligung der geforderten 20 000 Mk. Verhandlungen zur Verstaatlichung der Einrichtungen der Ges. z. B. z. L. schweben. Zum Staatstrag über Bewilligung von 497 804 Mk. für Museen nahm der Ausschuß die Stellung ein, daß der Voranschlag mit Sorgfalt aufgestellt sei. Gegen die Verstaatlichung sei häufig eingewendet worden, daß dann Private weniger geneigt seien, Geld für derartige Bildungsanstalten herzugeben. Es wurde festgestellt, daß für das Museum für Kunst- und Kulturgeschichte Werte von Hunderttausenden aus Privatmitteln hergegeben wurden. Heute sei die an Arterienverkalkung leidende Gesellschaft aber nicht mehr in der Lage, Werte anzunehmen, weil sie die Steuern hierfür nicht mehr aufbringen könne. Für Volkshilfen wurden 10 000 Mk. gefordert. Der Ausschuß sei dafür eingetreten, daß in solchen Fällen die verschwommenen Begriffe „Volkshilfe“ weggelassen. Eine Verbilligung des Museumspersonals ginge nicht an; es sehe sich zum Teil aus Kriegsverlehen zusammen, die auch zu Handwerkerarbeiten herangezogen werden. Der Ausschuß empfiehlt die Vorlage zur unveränderten Annahme und stelle das Ersuchen, auf die Verstaatlichung der Museen Bedacht zu nehmen. — Frau Greve (Rom.) fordert Verstaatlichung der Frauengewerbeschule. — Senator Dr. Werneken: Die Oberstufenbehörde hat beim Senat erneut die Verstaatlichung beantragt. — Frau Greve (Rom.) wünscht die Angelegenheit als dringend zu behandeln. — Der Sennatsantrag und der Antrag des Ausschusses, auf die Verstaatlichung der Museen Bedacht zu nehmen, wird angenommen. Ebenso der Antrag Greve.

4. Antrag: Erhebung einer Gebühr für die Beschleunigung und Stempelung der Rasse und amtlichen Ausweise der im Stadtteil Kurort und Seehad Travemünde vorübergehend hier aufhaltenden Urlauber. — Frau Zimmermann (DN.) fragt, wie es mit der Eingabe der Hausfrauenvereine betr. die Verwendung von Mitteln aus der Fremdenwohnsteuer zur Verbilligung von Lebensmitteln stehe. — Der Sennatsantrag wird angenommen.

5. Antrag: Erhebung einer Kurtaxe im Stadtteil Kurort und Seehad Travemünde. — Hagelstein (Soz.) wünscht einige Verbesserungen in der Vorlage und erwartet, daß den Hausangehörigen wie bisher auch ohne besonderen Antrag freies Baden gewährt wird. Der Redner stellt und begründet folgenden Antrag Bed und Genossen: Dem § 2 ist folgende Fassung zu geben: Die Kurtaxe wird nach zwei Bezirken erhoben. Für den Bezirk Neu-Travemünde einsehl. Fehlbahnstraße, Neustrake und Vorderreihe bis zur Rose beträgt die Kurtaxe für jeden Fremden und jede Nacht seines Aufenthalts 10 Mk. Für den übrigen Teil Travemündes einsehl. des Brimwall 6 Mk. Kurtaxe, welche Hausangehörige mit sich bringen, haben für diese eine Gebühr von je 2 Mk. pro Tag, bis zum Höchstbetrage von 100 Mk. für die Kurtaxe zu entrichten. Nach 30 Ueberrachtungen hört die Zahlungsverpflichtung auf. Bei wiederholtem Aufenthalt innerhalb einer Kurzeit werden die Ueberrachtungen zusammengerechnet. — K. L. A. n. n. (Rom.) fordert auch Weiterbezahlung bei längerem als 30-tägigem Aufenthalt und beantragt einige weitere Änderungen. — Senator Straß hat gegen den Änderungsantrag Hagelsteins betr. Abrechnung der Bezirke nichts einzuwenden, wohl aber gegen die Heranziehung der Hausangehörigen zur Kurtaxe. Travemünde stehe damit fast allein. Die Kurtaxe sei an und für sich schon hoch. — Ewers (DN.) stimmt dem Änderungsantrag zu: dagegen treffe man mit der Befreiung der Hausangehörigen nicht die reichsten Kurtaxe. Die letzten im Kurhaus und ließen sich dort bedienen. — Frau Zimmermann (DN.) wiederholt ihre vorige Anfrage. Die Fremdenfahnen überströmen Deutschland. Diese würden preistreibend wirken, wie die Butter- und Ackerpreise bemerken. Rednerin stellt den Antrag, sofort beim Reichsministerium zu beantragen, daß Lübeck mit Zunder befreit wird. — Senator Straß: Eine Sonderbefreiung der Ausländer ist nach dem Verfaller Vertrag verboten. — K. L. A. n. n.

Das Zimmer neben dem des Feldwebellieutenants war merkwürdigerweise noch immer nicht vermietet. Man konnte öfter einmal dort schlafen, wenn man die Lust dazu verspürte. Und man konnte ganz gut gegen Morgen in ruhiger Begleitung heimgehen und die Treppen hinaufsteigen, ohne daß die Frauen im Alten Staden Nr. 17 es gemerkt wurden. Es hieß ja öfters nachts etwas über die Treppe in dem Hause, besonders da oben, wo Frau Eils wohnte, und das war ja den Herren nichts gegenüber. Wenn da oben eine Tür klappte, so mochte es bei Frau Eils gemein sein. Die blinde Frau Müller, die sehr fein hörte, konnte es nicht hören, die Tür bei Eils habe einen anderen Ton, aber sie konnte sich doch irren. Sie war auch nicht eine, die viel redete und hin und her trug; nur zu Frau Meyer sprach sie über das, was sie bemerkte, gelegentlich einmal und vertraulich, und sie sprach ihr auch davon, wie oft jetzt, seit die Rasse wieder im Krantenhaus sei, sie nachts von dem Särm in der Eilschen Wohnung gemerkt werde. „Daß die sich gar nicht vor ihren Kindern nebenan schämt“, sagte Frau Meyer. „Es ist eine Jung!“

Frau Müller hatte sich einen doppelten Schlüssel an ihre Tür machen lassen, seit ein paar mal zufälligerweise Männerhände auch diese Schlösser hatten öffnen wollen. Nun war sie sicher, aber es ward ihr mehr und mehr unheimlich zuzusehen in dem Hause.

Auch der weißen Rasse war es unheimlich geworden. Sie ließ drinnen in Nummer 17 und hielt nicht mehr nach dem weißen Türschlüssel.

Bestenfalls meinte die Rasse, daß die Rasse überflüssig geworden sei. So ging es zu im Beginn des neuen Jahres, des Jahres 1917.

### XV.

Der Feldwebellieutenant hat einen Freund. Die Floden fallen. Fransen meint, Mutter wird ras. Ein Begrüßung und was darauf folgt. Frau Greeses Besorgnis. Der Strom spült nach unten.

Der Feldwebellieutenant war hergefallen von seiner Verwundung. Er wurde wieder langsam erludt zum Feldbett und mußte ansprechen. Aber er ließ kein Zimmer einen Freund, dem er Beichte anvertraute. Der Name Beichte klang ihm wie ein Scherz. Er begreift es nicht. Der Freund war nicht so häßlich und nicht so fähig wie der Feldwebellieutenant, aber er war unheimlich reich und fähig. — und er hatte viel Geld zur Verfügung und konnte hübsche Gebilde machen. Beichte hieß

alles, was häßlich war. Das Zimmer neben dem Zimmer des Freundes, das Zimmer, in dem damals das frischbezogene Bett gestanden, war noch immer nicht anderweitig vermietet. Auch das Bett stand noch in dem Zimmer.

Und von Mutter war noch immer kein Brief da.

Die weiße Rasse lag auf der Fensterbank in Frau Greeses Stube. Menschen hand am Fenster. Sie hatte die Ellbogen aufgelegt auf das niedrige Bett und die beiden Hände an die schmalen Wangen gelegt. Draußen begann es zu dunkeln. Die weißen Floden fielen schwer und dicht, und das Kind schaute ihnen zu, wie sie niederfielen. Es war Lannter gewesen, aber nun begann der Frost. Der kuschelige Ueberzug des Pfalters ward hart und glühend, und die weißen Floden, die sich darauf legten, kramelten nicht mehr zu einem grauen, häßlichen Brei zusammen.

Frau Greese lag unweit des Fensters in ihrem großen Lehnstuhl und hielt ihren getrockneten Gefährten, das Strichzeug, in den immer fleißigen Händen.

„Wohin hast du den Hut?“ fragte sie das Mädchen. „Hut ist weggegangen nach dem Mittagessen. Ich habe sie noch nicht kommen sehen.“ sagte das Kind.

Frau Greese ließ das Strichzeug sinken, sie zögerte einen Augenblick. Dann stand sie auf und ging hinaus und die Treppe hinauf zu der Heijelchen Wohnung. Die Tür war verschlossen, aber der Schlüssel hing an einem Haken, an dem ihn der heimkehrende Mann zu finden mochte.

Frau Greese kam wieder nach unten. „Wo ist denn dein Bruder?“ hat Mutter nichts zu dir gesagt, als sie fortging, Menschen?“

„Sie hat mir einen Ruf gegeben und gesagt: Nun ist es so weit! Und der Hans ist mit Lasse Beria im Kino. Vater wollte nachgehen dorthin.“

Frau Greese schweig. Sie setzte sich wieder in ihren Lehnstuhl, aber sie hielt die Hände in den Schoß gefenkt, ohne die Rede zu regen. Sie sah sorglos nach vor sich hin. — Die Floden fielen dichter und dichter, und es ward dunkel.

„Nun will ich dich in dein Bett legen, Menschen. Wenn die Mutter heimkommt, dann kann sie ja der kommen, um dir gute Nacht zu sagen.“ Menschen war's zufrieden. „Mutter wird ganz nach draußen.“ sagte sie. „Und dann kommte sie ein in ihrem Bett in Frau Greeses Zimmer.“

(Fortsetzung folgt)



(Rom): Die Reichen vorzuziehen nur ihre Kraft am Strande, da kann man sie auch mit Extraktoren belegen. — Hagelein (Soz.) erwidert, daß mit den Forderungen der Kommunisten den Arbeitern kein Dienst erwiesen würde, da dadurch das Bad Trau- münde abgewirgt werde. Es suchten ja auch Anhänger der Kommunisten die Seebäder auf. — Zielentz (Arb.) bedauert, daß der Senat nicht auf die Anfrage von Frau Zimmermann geantwortet hat. Durch die neue Kurkarte kommen hohe Beiträge ein, wie werden diese verwendet? — Senator Straß: Die Ueber- schüsse, die in Travemünde erzielt werden, werden zur Verbilli- gung von Lebensmitteln verwendet. Im Haushaltsplan wird alles Nähere angegeben. — Heilborn (Rom.) befragt über die Bezahlung der Kurkarte auch über den 30. Tag hinaus. Von die- sem Tage an müßte sie sogar noch erhöht werden. Den Arbeitern geht es nicht wohl, wenn die Unternehmer in den Badeorten mehr verpacken. Es sei gar keine Schande, wenn die Börsten- jopper von den Badeorten fernblieben. Dann könnte man diese den Arbeitern und Beamten zugänglich machen. Die Haltung des Senators Straß sei eine Beleidigung. Die Kommunisten und die gesamte Arbeiterschaft werde ihm noch heimleuchten. — Der Antrag Klann wird abgelehnt. Die Senatsvorlage mit den von Hagelein und Beck und Genossen beantragten Änderungen mit einfacher Mehrheit angenommen. — Ein wei- terer Antrag Klann: Arbeitern, Angestellten und Beamten und deren Familienangehörigen auf Antrag Ausweisarten zum unentgeltlichen Besuch der Konzerte, zur Seebadeanstalt, zur Be- suchung von Strandbädern zu gewähren (soweit sie unter Gruppe acht des Besoldungsgesetzes fallen), wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

6. Antrag: Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Woh- nungsbaues und die Bewilligung weiterer Mittel. Brehmer (Soz.): Wir werden das Gesetz annehmen, heißen aber zu § 6 einen Änderungsantrag. Dem Eigentümer des steuerpflichtigen Grundstücks kann nicht zugemutet werden, die Abgabe auch dann zu tragen, wenn er sie nicht vom Untervermieter zurückbekommen kann. Wie die Mittel verwendet werden, kann der Bürger- schaft nicht gleichgültig sein. Die Wohnungsnot soll gerade durch diese Mittel schnell behoben werden. Es soll auch möglichst billig und doch gesund gebaut werden. Die Art der haufördernden Tätigkeit sei in den Ländern verschieden. In Hamburg z. B. verfähre man genau entgegengesetzt wie in Lübeck. Hier bedenke man jedes Bauvorhaben mit einer bestimmten Summe. Wenn Ueberteuerungen eintreten, werde der einzelne betroffen, soweit nicht nachträglich Zuschüsse bewilligt werden. So trage der ein- zelne ein großes Risiko, ohne zu wissen, ob es ihm wieder abge- nommen werde. Hamburg gebe Zuschüsse nach der Quadratmeter- zahl der Wohnungen und nach der Entfernung vom Zentrum der Stadt. Die ganze Ueberteuerung werde vom Staate getragen. Der Redner gibt dann Andeutungen über die Leistungsfähigkeit des einzelnen in bezug auf Wohnungskosten. Im Frieden habe man gewöhnlich ein Sechstel oder ein Siebtel des Einkommens hierfür angenommen, also 50 bis 60 Arbeitstage. Heute aber, wo die Mehrkosten für den Aufwand der notwendigen Lebens- und Unterhaltsmittel mehr gestiegen seien als die Löhne, könne man nur ein Zehntel, also etwa 30 Arbeitstage, in Anspruch bringen. Ein Wohnungsraum von etwa 60 Quadratmeter für eine unbe- mittelte Familie in Betracht gezogen, ergebe dann eine ungefähre Anpassung an heutige Geldverhältnisse. So erziele man eine prinzipielle Unterlage für den Wohnungsbau. Der Senat solle diese Vorschläge baldmöglichst prüfen und verwirklichen. Bei der Beibehaltung des jetzigen Systems würden immer wieder Stö- rungen in der Bautätigkeit eintreten. Anträge für Wohnungs- bauten würden dauernd eingereicht, auf einmal aber lehe man ein, daß der Zuschuß nicht reiche. Bis die Behörde dann Beschluß ge- faßt habe, sei die Lage wieder schlechter geworden. Durch den obigen Vorschlag werde die Bautätigkeit beschleunigt. — Wol- fert (Dr.) bedauert, daß man auch das unbebaute Gelände herangezogen hat und beantragt deshalb Kommissionsberatung. — Senator Dr. Bermeiren widerspricht besonderer Aus- schußberatung. Unbebaute Grundstücke könnten nach dem Reichs- gesetz nicht herangezogen werden. Es handle sich um zusammen- hängende Grundstücke, die eine wirtschaftliche Einheit bildeten und zum Teil bebaut seien. — Schloffer (Arb.) unterstützt im Prinzip jede Maßnahme, die geeignet ist, die Wohnungsnot zu beheben. Die Haus- und Grundbesitzerkreise forderten seit je die Abgabe vom Nutzungsberechtigten. Die Grundbesitzer stellten einer Abgabe keine Schwierigkeiten entgegen. Ihnen sei jedes Mittel recht, das zum Abbau der Zwangswirtschaft führe. Jeder Wohnungsbau führe diesem näher. Im weiteren polemisiert der Redner gegen den Bericht der Finanzbehörde, in dem er eine Ungerechtigkeit gegen die Hausbesitzer erblickt. Richtig sei, daß diese Grundstücke zu Pfandkuponen gehandelt worden seien. Werde von diesen Grundstücken dieselbe Abgabe, 12 1/2 vom Tau- send, verlangt, dann würden manche Mieter schwer benachteiligt. — Ewers (Dr.) sieht in diesem Gesetz neuen Zündstoff zur Un- zufriedenhait. Das Einkommensamt werde dadurch mit Klagen überhäuft. Die Berechnungsmethoden im Gesetz seien nicht be- sonders klar. Die Finanzbehörde sollte auch zeitweise Auskunft über die Verwendung der Gelder geben. — Senator Dr. Ber- meiren betont, es handle sich darum, das rechte Verhältnis festzustellen, das für Mieter und Vermieter aus der Abgabe re- sultiere. Sollte der Nutzungsberechtigte die Abgabe direkt leisten, müßte ein neues Kataster angelegt werden. Die Eingetragung der neuen Steuer würde sich verzögern. Das Einkommensamt müßte die nicht einziehen. Wir müßten uns ein neues Steuerbureau an- legen, das wieder neue Kosten verursacht und die Mittel für den Wohnungsbau verringert. — Senator Ewers stellt einen Bericht über den bisherigen Wohnungsbau in baldige Aussicht. Ein weiteres Hinausschieben verleihe den Bau. — Dinter (Arb.) wünscht Auskunft, wie viele Wohnungen mit den vor- gelegenen Mitteln hergestellt werden können. Laut Reichsgesetz soll die Wohnungsabgabe 20 Jahre erhoben werden, da sei es schon notwendig, das Gesetz eingehender zu prüfen. Der Redner beantragt, den Betrag von 44 Millionen in diesem Jahre aufzu- brauchen und davon 14 Millionen sofort zur Behebung der drin- gendsten Wohnungsnot zu verwenden. Die Theorien des Herrn Brehmer müßten nachgeprüft werden. Zu bebauen sei, daß noch Schulgebäude für Wohnungen besetzt seien. Redner stellt das Ersuchen, diese Räume bis zum Herbst zu räumen. — Baudirektor Salzer: Mit den bisherigen uns zur Verfügung stehenden Mitteln können in diesem Jahre noch 566 Wohnungen herge- stellt werden. — Brehmer (Soz.) fordert größtmögliche Be- schleunigung des Wohnungsbaues, es sei durchaus nicht notwendig, daß die Mittel auf zwei Jahre verteilt werden müßten. Wenn die sozialdemokratische Fraktion die Vorlage trotz deren Mängel annehme, so sei damit selbstredend die zweckmäßigste Verwendung der Mittel bedingt. In Berücksichtigung gezogen werden müsse vor allem die Wohnungsluzsteuer. Da sich der Ausschuß für Bau- und Wohnungsweisen mit dieser Frage befaßt, habe seine Fraktion heute davon Abstand genommen, ein besonderes Ersuchen zu stellen. — Dr. Neumann (Dem.) fordert Ausschußberatung. Wir bewilligen 34 Millionen, ohne zu wissen, wie sich die Ein- nahmen aus dem gemeinen Wert stellen und ob eine gerechte Verteilung der Lasten gemäß sei. — Senator Dr. Bermeiren: Einsprüche gegen die Einschätzung sind von den Grundeigentümern bisher wenig erhoben worden. Wahlos geschieht die Einschät- zung überhaupt nicht. Neu ist das Gesetz nicht, wir haben nach dessen Grundgedanken so bereits ein Jahr gearbeitet. Nur die Sätze sind höher geworden. Wer den Wohnungsbau fördern will, muß das Gesetz annehmen. Jedes Gesetz weist gewisse Härten auf. — Gegen die sofortige Annahme der Vorlage sprechen Wolfer (Dr.) und Ewers (Dr.). — Senator Dr. Bermeiren: Das Gesetz bestand ja bereits, nur ist die Erhöhung der Abgabe vor- gelegenen. Sie entspricht der Tendenz des Reichsgesetzes. Wenn die Finanzbehörde das Geld anweist, muß sie auch wissen, daß

eine Verzinsung möglich ist. — Nidel (Rom.) lehnt die Vor- lage ab, weil das Reichsmittelengesetz vor der Räte, das die Mieter gewaltig erhöhe. — Der Antrag Wolfer wird ab- gelehnt. Der Senatsantrag mit den von Brehmer gestellten Ab- änderungen mit einfacher Mehrheit angenommen. Der zweite Teil der Vorlage, 34 Millionen zum Wohnungsbau, wird endgültig angenommen. — Das Ersuchen Dinters, die bewohnten Schul- räume bis zum Herbst freizumachen, wird dem Wägenerausschuß überwiefen.

7. Antrag: Nachtrag zum Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1921. Heilborn (Rom.) lehnt den Nachtrag ab, weil Positionen vorhanden seien, die dem Interesse des Proletariats widersprächen. Redner fordert Abschaffung des Artikels Senat und Bürgerchaft und an dessen Stelle Arbeiterräte. Weiter sei zu betonen, daß Lübeck als Staat keine Erbschaftsberechtigung habe. Auch die Justiz lehne keine Fraktion als Klassenbewußte Einrichtung ab. Das gesamte Steuerwesen lehne keine Fraktion ebenfalls ab, da Lübeck in der Hauptsache indirekte Steuern erhebe. Steuern sollten nur die Kapitalisten zahlen. Die Polizei und Gefängnisse lehnen sie ebenfalls ab. In letzteren herrschten eigenartige Zustände. Die Gesamtposition des Badewesens lehne keine Fraktion ab, da Lübeck Badeorte viel zu wenig berücksichtigt werden. Die höhe- ren Schulen lehnen sie ab, weil sie Prüfungen der Reaktion sind. Mische das Schulgeld abgelehnt, dann allerdings würden sie jede Forderung bewilligen. Heute seien die Schüler der höheren Schulen die Truppen der Technischen Hochschule. — Der Senatsan- trag wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

8. Antrag: Erhöhung der Teuerungszuschläge der Beamten. Wird angenommen.

9. Antrag: Schaffung von 10 neuen Gewerbelehrestellen an der Gewerbeschule. Antrag Beck und Gen. zum Gesetz vom 5. April 1922, be- treffend die Erhebung einer Wohnsteuer bei vorübergehendem Aufenthalt: Im § 1 Abs. 1 wird hinter dem Worte „Krankenhäusern“ angefügt: „sowie Fremde, welche in Herbergen mit ge- meinamen Schlafstätten oder in ähnlichen Betrieben übernachten.“ Wird angenommen.

Antrag Frau Zimmermann: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, schon jetzt Maßnahmen zu ergreifen und Mittel bereit zu stellen, damit die minderbemittelte Bevölkerung für den kom- menden Winter genügend mit Brennstoffen versorgt wird. — Frau Zimmermann beseitigt den Antrag. Die Grenze der Minderbemittelten müsse auf 10 000 Mark Einkommen hin- aufgesetzt werden. — Dr. Vietz (Soz.) bezeichnet die Auffassung der Vorrednerin als höchst sonderbar. Sie gehe der Sache nicht auf den Grund. Frau Zimmermann solle sich an ihre Partei- genossen, die Großkapitalisten, wenden, die Schuld an den hohen Kohlenpreisen tragen und dafür verantwortlich sind, daß sich die Minderbemittelten keine warme Stube mehr machen können. Für die Kohle müsse die Gemeinwirtschaft eingeführt werden. Der Antrag wird angenommen.

Antrag Nidel: Die Bürgerschaft beschließt: Die Ober- schulbehörde wird beauftragt für die Zukunft jeder politischen Partei, auch politischen Jugendorganisationen, Schulräume auf Antrag zur Verfügung zu stellen. — Nidel (Rom.) wendet sich gegen die Oberschulbehörde, deren Verhalten ein Hohn auf die Beschlüsse der Bürgerschaft seien und fordert Freigabe der Schulen für die Jugend und Parteien. Im Johanneum schlage man das Monatsprogramm der nationalsozialistischen Jugendkorps an. Dann müsse man auch gestatten, daß Programme der Arbeiter- jugendvereine angeschlagen würden. Auch die alten Bilder hin- gen nach im Johanneum. — Senator Dr. Bermeiren erklärt, die Aulen seien bisher für alle wissenschaftlichen, künstlerischen und Fortbildungszwecke freigegeben worden. Wenn politische Parteien die Räume ebenfalls frei haben wollten, könnten die Schulräte die Arbeit nicht mehr bewältigen. Dann müsse man auch die Heizungsnote in Betracht ziehen. Die Sektionen des Ju- gendkorps hätten zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. Dieser Jugend schlage ein deutsches Herz in der Brust. Die Ober- schulbehörde wolle den politischen Parteien die Aulen nicht öf- fnen. — Dr. v. Broden (Dr.) wendet sich gegen die Tendenz des Antrages Nidel. Politischen Parteien sollten Schulräume überhaupt nicht überlassen werden. — Nidel (Rom.): Die kommunistische Jugend habe gar keine Aula verlangt, sondern nur Schulräume. Wenn es notwendig ist, dann wird sie sich auch an dem notwendigen Schluß um 10 Uhr halten. Weiter wendet sich der Redner gegen die nationalsozialistischen Bestrebungen der Ju- gendkorps. — Kape (Arb.) vermißt den praktischen Zweck der Vorlage und bezweifelt die Beschlußfähigkeit. Schluß 9.25 Uhr.

## Gewerkschaften.

### Vierter Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Leipzig, 12. Mai

K. R. Der Verbandstag des Bauarbeiterverbandes trat heute früh um 8 Uhr wieder im Volkshaus in Leipzig zusammen. Der Vorsitzende des Leipziger Gewerkschaftsrates sprach dem Ver- bandstag namens der organisierten Leipziger Arbeiterschaft das Bedauern für den schändlichen kommunistischen Ueberfall aus und dankte den Abgeordneten für das Ver- trauen, das sie mit ihrer Rückkehr auf die Leipziger Arbeiterschaft gesetzt haben.

Es wurde dann mit überreicher Mehrheit beschlossen, daß die Abgeordneten, die sich an der Vorbereitung des kommunistischen Ueberfalls beteiligt haben, als ausgeschlossen gelten und das Lokal sofort zu verlassen haben. Einige mit Namen genannte Abgeordnete pakteten darauf ihre Sachen zusammen und zogen unter dem Protest einiger anderer Abgeordneten ab.

Merkel-Rürnberg erstattete nun den Bericht der Statuten- beratungskommission. Die Kommission schlug vor, den § 1 der Satzung, der die Bestimmungen über den Namen und den Um- fang des Bundes enthält, mit einer kleinen Änderung anzu- nehmen. Es wurde ohne Debatte so beschlossen. Der § 2 über den Zweck des Bundes wurde ohne Debatte angenommen. Die dazu gestellten Anträge wurden abgelehnt. Der Zweck des Bun- des ist somit: die Lebenshaltung der baugewerblichen Arbeiter auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen und ihnen dauernd einen menschenwürdigen Anteil an den Erzeugnissen der Kultur zu sichern. Erreicht werden soll dies durch die Vergesellschaftung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und durch die Vergesellschaftung des gesamten Bau- und Wohnungswezens. Auch der § 3 über die Gliederung des Bundes wurde mit einer unwesentlichen Än- derung angenommen. Bei den §§ 4 bis 13 über die Verwaltung des Bundes gab es eine längere Aussprache, in der Keller- Düsseldorf unter anderem wieder die Wahl einer Kommission zur Erneuerung des Bundesrates forderte. Ferner wurde ge- wünscht, daß der Bundesrat aus Mitgliedern zusammengesetzt sein solle, die im Beruf arbeiten. Tönnies-Hamburg wandte sich gegen diese und einige andere Anträge. Die Abstimmung er- gab eine große Mehrheit für Annahme der genannten Bestimmun- gen nach den Vorschlägen der Kommission. Die Bestimmungen über die Aufnahmebedingungen wurden mit einigen kleinen, von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen ohne Debatte angenommen.

Wichtigere Änderungen erfüllen die Bestimmungen über die Beiträge. Nach dem Vorschlag des Vorbundes sollte der

Beitrag die Höhe eines Stundenlohnes haben und immer auf volle Mark nach oben oder unten abgerundet werden. Die Kommission schlug vor, die Beiträge nicht mit 1 Mark, sondern mit 2 Mark zu stellen in der Weise, daß der Beitrag bei einem Lohn bis zu 7 Mk. 6 Pf., bei über 7 bis 9 Mk. 8 Pf., bei über 9 bis 11 Mk. 10 Pf. betragen solle usw. Von den Beiträgen sollen 25 Proz. den Lokalkassen verbleiben. Die Vorschläge der Kommission wurden mit großer Mehrheit, zum Teil fast einstimmig, angenommen. Abgelehnt wurde nur der Antrag der Kom- mission, auch von den unterstützungsberechtigten Erwerbslosen wieder Beiträge zu erheben.

Zum Kapitel „Unterstützungen“ lagen zahlreiche Anträge vor, die besonders auf die Erhöhung der Streikunterstützung hinaus- liefen. Horkand und Beier selbst beantragten als Folge der seit Ausarbeitung des Tagungsprotokolls eingetretenen Geld- entwertung eine Erhöhung der ursprünglich vorgezeichneten Sätze. Vor allem sollten die neuen Unterstützungen nicht mehr nach dem Durchschnittsbeitrag des Vorjahres, sondern nach denen des vor- letzten Kalenderjahres berechnet werden. Die Kommission schlug vor, daß die tägliche Streikunterstützung nach sechs- monatlicher Mitgliedschaft das Zweifache, nach zweijähriger Mit- gliedschaft das Dreifache, nach dreijähriger Mitgliedschaft das Dreieinhalbfache und nach zehnjähriger Mitgliedschaft das Drei- einhalbfache des vollen Beitrages betragen. Die Erwerbs- losenunterstützung soll betragen: nach Leistung von 73 bis 312 Beiträgen das Halbfache, nach Leistung von 312 bis 520 Bei- trägen das Einhalbfache des vollen Beitrages. Die vorge- schlagenen Neuerungen der Unterstützungsätze, die sich auch auf die Sterbekostenunterstützung erstreckt, bedeutet eine Vereinfachung des ganzen Unterstützungswezens und eine erhebliche Erleichterung für die Verwaltung. Die Vorschläge der Kommission wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Der der Gesamtabstimmung erklärte Baepfow, daß der Baugewerksbund jedes unzulässige Mittel zur Gewinnung von Angehörigen anderer Berufe ablehne und mit einigen ihm nahe- stehenden Verbänden (Fabrikarbeiter) ein Kartellverhältnis an- streben werde. Der Verbandstag beauftragte den Vorstand mit den nötigen Verhandlungen.

Unter großem Beifall wurde dann die Gründung des Baugewerksbundes gegen eine Stimme beschlossen. Der Bund tritt am 1. Januar 1923 in Kraft, die Bestimmungen über die Beiträge und Unterstützungen schon am 1. Juli dieses Jahres. Die vom Jugendtag in Leipzig beschlossenen Richtlinien für den Aufbau der Jugendabteilungen des Bundes wurden vom Verbands- tag einstimmig beschlossen.

## Aus aller Welt.

Eine Regierung wegen Preistreiberi angeklagt. Der seltene Fall, daß gegen eine staatliche Regierung eine Anklage wegen Preistreiberi erhoben wird, hat sich in Göttingen zugetragen. Die Göttinger Staatsanwaltschaft hat auf eine Anzeige hin gegen die Mitglieder der Regierung in Hildesheim und den staatlichen Oberförster in Bad Lauterberg a. Harz ein Verfahren wegen Preistreiberi bei einer Holzauktion eingeleitet. Die Anklage stützt sich auf das Ergebnis der Holzauktion, die im November 1920 im Oberharz stattfand und bei der enorme, heute allerdings schon längst überholte Preise für Kuchholz erzielt wurden.

## Spreschaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redak- tion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

### Futternot für Ziegen.

Durch die Kriesengeminn war das Hochjahren in der Lage, die Landstellen in Dammersdorf anzukaufen. Der Ankauf erfolgte angeblich darum, um die Angehörigen und Arbeiter des Werkes besser mit Lebensmitteln zu versorgen. Aber wie sieht's denn in Wirklichkeit aus? Früher hatten die Arbeiter noch die Möglich- keit, von den Bauern ihre Ziegen ein Bündel Stroh oder Heu zu kaufen. Das ist jetzt ausgeschlossen. Welt schlimmer ist jetzt aber noch, daß die Herde Schafe des Werkes aus Wegen weicht, wo sie nicht weigen darf und somit den Ziegenhaltern das Gras und Futter für ihre Tiere wegessen. Ich bin der Ansicht, daß das Werk genug verdient und anderweitig Futter für ihre Schafe beschaffen kann. Hoffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, daß bald eine Änderung eintritt. Ein Ziegenbesitzer.

## Neue Bücher.

Desmond, Shaw: Demokratie. Roman. Aus dem Englischen übertragen von H. zur Mühlen. Romane der Neuen Gesellschaft. Bd. 2. Berlin-Hildesheim, Verlag Gesellschaft und Erzählung, 1922. 245 S. Oktav. 27 Mk. — Dieser zweite Band der Romane der Neuen Gesellschaft reiht sich dem ersten (Boole, Der Hafen) würdig an. Der erste von uns besprochene Roman hatte freilich eine noch größere Geschlossenheit für sich. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen brutalem Herrenstandpunkt und dem Schrei der Entrechteten nach Menschenwürde und Lebensberechtigung, kurz: der Kampf zwischen den beiden Welten des indu- striellen Lebens und das Ringen nach wahrer Demokratie gibt diesem letzten Roman den Hintergrund und den Charakter. Wie in dem ersten Stücke der Sammlung heißt auch in diesem Roman ein Kriesenstreik im Zenit der Handlung. Mit packender Macht und leuchtendem Farben zeigt der Verfasser diese Bilder des Kampfes zwischen dem staatlich geschützten Kapital Englands und der Arbeit einerseits und zwischen Demokratie und Individualistischer Schwärmeri andererseits zu schildern. Mit schauerlichem Na- turalismus entwirft der Dichter die letzte Szene, den Kreuz- gangstod des Syndikalistenführers Greegan. Die Uebersetzung ist in flüssigem Stil gehalten. Auch dieser Roman wird der Beachtung in weiten Kreisen des werktätigen Volkes sicher sein können.

## Briefkasten.

U. G. Ohne Einverständnis des Hauswirtes darf sich der Mieter kein Vieh halten. Geht es trotzdem, so kann der Hauswirt nicht nur von seinem Hausrecht Gebrauch machen, son- dern auch gerichtlich gegen den Mieter vorgehen.

(2031)

# Ankerlin

Bester Schuhputz



gibt den schönsten Glanz, färbt nicht ab, uerhält das Leder.





# Jugend-Echo

des Liberer Volksboten



Nummer 3

Dienstag, den 16. Mai 1922

2. Jahrgang

## Auf zum Jugendtag in Rostok!

Es war Pfingsten 1921 in Lübeck. Mit Stolz und Freude blickten wir auf die stattliche Anzahl Jugendgenossen und Genossinnen, die dort zu froher Festtagung versammelt waren. Das Herz schlug höher beim Anblick dieses Massenaufgebots unserer Jugendfreunde. Wir fühlten, daß es auch bei uns an der Wasserfront vorwärts geht.

Wieder rückt das Pfingstfest heran. Wieder rüsten wir zu einem Jugendtage. In diesem Jahre wollen wir der alten Hansestadt am Warnowstrand einen Besuch abstatten. Wollen uns in Rostocks Mauern ein Stelldichein geben, und Seerschau abhalten über die Zahl unserer Streiter. Wollen neue Freundschaft anknüpfen und uns die Hand reichen in dem Gelübde, auch in der Zukunft treu zur Sache zu stehen.

Auch unser Rostocker Jugendtag muß eine Massentand- gebung werden für Jugendschutz und Völkerverständigung. Und darum ihr Jugendfreunde und -Freundinnen, kommt soweit ihr es irgend ermöglichen könnt. Spart Mark um Mark zusammen, um an dieser Festtagung teilnehmen zu können. Wir wissen, daß es Euch bitter schwer werden wird, das nötige Geld zu sparen; aber versucht. Ihr werdet reich entschädigt werden. Benutzt die Wandersparlassen und wendet Euch an die Gewerkschaften und Parteivereine um Unterstützung.

Unsere Rostocker Freunde setzen natürlich ihren größten Stolz darin, die Tage recht würdig auszugestalten, um Euch den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.

Den Auftakt des Jugendtages bildet am Pfingstsonn- abend eine Begrüßungsfeier in der „Philharmonie“, dem herrlichen Heim der Rostocker Arbeiterschaft.

Am andern Morgen wollen wir dann Rostocks Sehens- würdigkeiten besichtigen. Dann werden wir uns zusammen- finden zu einer großen Massentandgebung mit anschließender Demonstration. Am Nachmittage ziehen wir hinaus zu Spiel und Tanz. Den Beschluß des ersten Tages wird eine Festvor- stellung im Stadttheater bilden.

Am nächsten Tage geht's hinaus zur schönen Rostocker Heide, die an diesem Tage widerhallen wird von Jugendlust und Jugendübermut. Die stille, ruhige Heide wird aber darum nicht böse werden, sondern stolz darauf sein, soviel Jugendglück und Freude beschatten zu können. Das Wald- haus, das Heim unserer Rostocker Jugendgenossen ist unser Ziel; auf der nahen Waldwiese wollen wir bei Spiel und Tanz den Tag verleben. „Spielmanns Schuld“, das fröhliche Jugendspiel wird aufgeführt werden, und vielleicht wird der eine oder der andere Ortsverein durch Vorführungen die Stunden verschönern. Und wenn wir uns am Abend trennen müssen, wird uns der Abschied schwer werden; aber wir nehmen die liebe Erinnerung mit, im Kreise gleichge- sinnter Jugendfreunde ein paar schöne Stunden verlebt zu haben.

So, das wäre der Festplan, und nun tut Ihr das Eu- rige zum Gelingen. Der Rahmen ist gegeben, nun schafft das Bild.

Wer mitmachen will, muß sich bis zum 24. Mai beim Genossen Leß, Königstraße 45, melden. Wenn genügend Teilnehmer vorhanden, wird ein Trupp am Pfingstmorgen ab Lübeck fahren.

## Johann Fürchtegott Tugendjam

Heute die Blumen, und so um die Zeit, wenn die Sonne den Schnee fortjagt, begann er schon des Sonntags in der Früh seinen Rod zu säufen, sich sorgsam zum Feiertag zu kleiden, um alsdann vor das Tor hinauszuspazieren. Er wußte gut, wo Weiden standen, und kannte auch die Plätze, wo der Frühling immer zuerst das grüne Gras mit Krotus beschupfte, doch wenn er seine Augen den ganzen Morgen ver- geßlich herumwühlte, ging er doch mit geheimnisvollem Lächeln nach Hause und dachte: vielleicht am nächsten Sonn- tag, und freute sich die ganze Woche auf den nächsten Aus- gang.

Genau ist es ihm bei der Arbeit — er dachte gerade einmal wieder an die Frühlingshoten — passiert, daß er vor lauter Träumen nicht auf den Federhalter acht gab und einen großen Kleck in sein Journal machte. Da schalt der Herr den stillen Tugendjam und nannte ihn einen Träumer. Er war auch die ganze Woche betrübt, doch als der Sonntag sich mit fröhlichem Schall einläutete, büschelte Tugendjam seinen Rod und ging wieder hinaus, um nach dem Früh- ling zu sehen. Es war ein warmes Zittern im leichten Wind, auf dem leichte, leichte Wolken über den blauen Him- mel zogen, und zwischendurch blinzte die Sonne schelmisch herüber. Tugendjam über seine kontorblichen Wengen, daß er bei- nahe erlöste. Es war heute eigentlich schon recht sonderbar allüberall. Freilich, selten kam ihm jemand vorbei, doch die Leute grüßten alle, und auch in allen Zweigen schien der rechte Frühlinggeburtstag dem Morgen bescheeren zu wollen.

Aber, o weh, bei dem Weidenstrauche, wo sich immer zu- erst der Gruß der Rädchen aus den Knospen wagte, da waren heute schon eine ganze Menge Buben und Mädels. — Frei- lich, sie hatten dem Strauche kein Leids getan, aber Tugend- jam konnte nicht hin, ihm guten Morgen zu sagen. Die Jun- gen und Dirnen tanzten und sprangen um den Strauch herum und häckten ihm ganz gewiß auf die Füße getreten, meinte Tugendjam, wenn er herangerommen wäre. Er stand ganz verlegen und wußte nicht, ob ihm das da nun recht oder nicht recht war, und ehe er sich besann, war er schon einmal um den lustigen Kreis herum.

Da hatte ihn ein kleines Mädel entdeckt. Sie sprang vor ihn hin, schlug sich die hellen, goldnen Strähne nach hin- ten und lachte ihn schelmisch an.

„Wie heißt Du?“

„Johann Fürchtegott Tugendjam!“

„Kannst Du tanzen?“

„Nein!“

Und ehe Tugendjam sich ganz besonnen hatte, nahm die kleine Dirn ihm den Hut vom Kopf und, schwup, hatte sie ihn in den Reigen gezerrt. — Erst kam es ihm vor, als hätte er einen Kreis im Kopf, doch dann dachte und wußte er nichts mehr, und er besann sich erst, als er sich im feuchten Moos unter einer schwächigen Birke wiederfand, die ihre Zweige wie einen bronzeglänzenden Schleier über ihm hin und her wiegte. Es war alles sonnenfröhlich um ihn her und tat so geheimnisvoll, als hätten Kinder noch eine besondere Ueber- raschung verborgen. Johann Fürchtegott Tugendjam guckte mit ganz wunderbar träumenden Augen umher, so daß das kleine Mädel, das sich bei ihm niedrgeknieet hatte, mit Stau- nen rief:

„Oh, was machst Du für Augen!“

Fürchtegott Tugendjam wußte darauf nichts zu sagen, und da er zu Schüchtern war, etwas zu fragen, schwieg er beharrlich weiter. Dem Dirnlein wurde das zu langweilig, und zu ihrer Kurzweil fing sie nun an, allerhand Kapriolen zu machen, sie sprang hin und her, überschlug sich, lachte und tanzte, daß es dem biederen Tugendjam angst und bange wurde, und als sie gar zweimal gleich hintereinander sich überschlug, da schrie er erschreckt: „O, das ist ja gefährlich!“ Worauf sie wie toll lachte und schelmisch mit ihren Augen dem guten Tugendjam winkte. Schwupp! hatte sie sich schon wieder herumgewirbelt, drehte und wandte sich, und ehe der schüchterne Jüngling recht wußte, was geschah, sah sie auf seinem Schoß, schlang ihre Arme um seinen Hals und küßte ihn. Tugendjam dachte erst, es ging die Welt unter, wurde puterrot bis unter die Haarwurzeln und schickte seine treuherzig-blauen Augen hilflos suchend von einem Baum zum andern, doch die lächelnden heimlich im Wind, als freuten sie sich noch.

„Aber!“ Endlich hatte er sich gefaßt: „Ich bin doch Jo- hann Fürchtegott Tugendjam!“

„Ach, ein tuppischer Peter bist Du, ich bin des Früh- lings Uebermut!“ Und dann küßte sie ihn noch einmal und häpfte dann über das Moos husch, husch, fort!

Ungehört, dachte Tugendjam, dann suchte er seinen Hut, klopfte sich ab und trat seinen Nachhauseweg an. Er dachte noch einmal: „Ungehört!“, doch schon etwas weniger streng, und als er sich noch einmal ausmalte, wie zierlich sie war, der schlanken Leib, die zarten Füße und die feinen Hände, das wirbelnde Goldhaar, die schelmischen Augen, da dachte er: Ja, eigentlich war sie doch ein herziges Ding, und böse sein konnte man ihr auch nicht!

In der darauffolgenden Woche mußte Tugendjam recht häufig an seinem Spaziergang denken. Er träumte mehr als sonst über die dicken Folianten, machte sogar drei Kleckse, und als sein Chef ihn darum schalt, da lächelte er sehr ge- heimnisvoll, so daß der alte Herr den Kopf schüttelte und sagte: „Tugendjam, mit Ihnen ist was los!“ und seine Kol- legin Kaulschänke Schmäxerlein flüsterte zum Buchhalter Stod- tein hinüber: „Wissen Sie, ich glaube, er ist verliebt!“

Tugendjam ging am nächsten Feiertag wieder hinaus, lustig und guter Dinge, so daß sich gar die kleine Ueber- mut wunderte.

Alfred Thieme.

## Vom Adel des Charakters.

Es ist noch viel zu tun, bis man von uns sagen kann, wir seien zur wirklichen Freiheit gelangt. Aber ich fürchte, unsere Demokratie von heute wird diese Aufgaben nicht zu lösen vermögen.

Es muß erst ein adeliges Element in unser Staatsleben, in unsere Volkstretung und in unsere Presse kommen. Ich denke natürlich nicht an den Geburtsadel, und auch nicht an den Geldadel, nicht an den Adel der Willenskraft und nicht einmal an den Adel der Fähigkeit, der Begabung, son- dern ich denke an den Adel des Charakters, an den Adel des Willens und der Gesinnung.

Der allein ist es, der uns freimachen kann.

Dieser Adel, der, wie ich hoffe, unserm Volke verliehen werden wird, er wird aus von zwei Seiten kommen. Er wird aus kommen von unsern Frauen und von unsern Arbeitern.

Henrik Jbsen.

## Wandern!

Wem unter uns würde nicht das Herz weit und die Stube eng beim bloßen Klang des Wortes! Und das ist kein Wunder; denn Jugend und Wandern gehören zusammen wie Fische und Wasser. Und noch etwas gehört zusammen: Wandern und Singen! Und so soll's bleiben; und darum will ich dieses Kapitel vom Wandern nach guter Wanderer Weise beginnen mit einem fröhlichen

Wanderlied.

Wir sind jung; die Welt ist offen.  
O du weite, schöne Welt!  
Unser Sehnsucht, unser Hoffen.  
Zieht hinaus in Wald und Feld.  
Bruder, laß den Kopf nicht hängen;  
Kannst ja nicht die Sterne sehn.  
Aufwärtsblicken, vorwärtsdrängen!  
Wir sind jung, und das ist schön!

Liegt dort hinter jenem Walde  
Nicht ein fernes, fremdes Land?  
Blüht auf grüner Bergeshalde  
Nicht das Blümlein Unbekannt?  
Laßt uns schweifen ins Gefilde,  
Ueber Täler, über Höhn!  
Wo sich auch der Weg hinwende:  
Wir sind jung, und das ist schön!

Auf denn! Und die Sonne zeige  
Uns den Weg durch Feld und Hain.  
Geht der Tag darob zur Reige,  
Leuchtet uns der Sterne Schein.  
Bruder, schnall' den Rucksack über;  
Heute soll's ins Weite gehn.  
Regen? Wind? Wir lachen drüber:  
Wir sind jung, und das ist schön!

Gefällt's Euch so? Das müßte auch ein trübseliger Niese- peter sein, der keine Freude am Wandern hätte! Wer jung und gesund ist, der muß wandern, und der wandert auch. Und mancher Alte wandert gern mit. Frühmorgens mit dem ersten Hahnenschrei hinaus, Rucksack über, Stab in die Hand, und dann hinaus ins Freie! Der Sonne entgegen! Wie strafft sich da jeder Muskel; wie weitet sich da die Brust! Unternehmungslust, Frohsinn und gute Kameradschaftlichkeit werden gemacht, und dem Arzt und Apotheker wird ein Schnippchen geschlagen, wenn man — vernünftig wandert. Jawohl, liebe Wandergenossinnen und -genossen: wenn man vernünftig wandert! Vernünftiges Wandern aber ist eine Kunst, und die muß, wie andere Künste auch, erlernt werden. Wir müssen wünschen, daß durch die Wanderungen der proletarischen Jugend der Körper sich von den schweren Schädigungen des Erwerbslebens erholt und der Geist sich erschließt, damit er aufnahmefähig werde für die Aufgaben, die seiner warten.

Ziellos ins Blaue hineinlaufen, nun, das mag unter Umständen auch seinen Reiz haben; aber im allgemeinen kommt doch zu wenig dabei heraus.

Kennt Ihr das kleine Gebirg von den beiden Wande- rern, die zum „herrlichen Harzgebirg“ emporstiegen?

Als man den ersten nach seiner Rückkehr fragte: Was hast Du gesehen? Da antwortete er mit müden, gelang- weilten Miene: „Was ich gesehen? Viel war es nicht: Bäume, Wiesen, Bach und Hain, und blauen Himmel und Sonnenschein.“ Vielleicht hat er auch noch hinzugefügt: „Das war alles; es verlohnt sich kaum, darum die mü- helige Wanderung zu unternehmen.“ Und der andere? Nun, er sagte dieselben Worte; aber wie sagte er sie! Mit leuchtenden Augen rief er begeistert aus: „Hei, Bäume, Wie- sen, Bach und Hain, und blauen Himmel und Sonnenschein!“ Der eine hat nichts von seiner Wanderung heimgebracht; der andere alles, was man wünschen kann.

Werkst Du den Unterschieb?

Und nun frage ich Dich: Welcher von den beiden Wan- derern bist denn Du? Es verlohnt sich wohl, ernsthaft dar- über nachzudenken; denn keiner von Euch wird wünschen, daß es ihm später ähnlich ergehe, wie dem ersten Wan- derer.

## Der Führer.

Einer muß voran, zu führen,  
Wenn's zum lust'gen Reigen geht;  
Aber dem nur kann's gebühren,  
Der sich auf den Tanz versteht.

Einer muß voran beim Wandern,  
Der da weiß am Kreuzweg Rat,  
Wenn im Zweifel sind die andern,  
Ihnen weist den rechten Pfad.

Einer muß voran, zu zeigen,  
Daß es gibt noch einen Mund,  
Der, wenn andre furchtjam schweigen,  
Mannhaft tut die Wahrheit kund.

Einer muß voran in Räten,  
Wenn es heißt: Wo ist ein Mann,  
Der das Herz hat, vorzutreten?  
— Sei der eine! Geh voran!